

## **Teil I: Die Wiedervereinigungskonzeptionen in Korea**

### **1 Einführung**

Seit der Teilung gab es viele Vorschläge und Konzepte über die Wiedervereinigung zwischen beiden Koreas. Und nach eigenen Vorstellungen zur friedlichen Wiedervereinigung haben Süd- und Nordkorea mittlerweile feste Wiedervereinigungskonzeptionen entwickelt: Sie heißen „National Community Unification Formula (NCUF)“ und „Demokratische Föderative Republik Koryo<sup>12</sup> (DFRK)“. Und außer diesen offiziellen Konzeptionen beider Regierungen kommt die „3-Principles and 3-Stages Unification Formula“ Kim Dae-Jungs häufig zur Sprache. Südkoreanische Konzeptionen werden durch die „Süd-Nord-Konföderation“ charakterisiert. D.h., eine Wiedervereinigung Koreas sollte in Rücksicht auf die gegenwärtige Lage auf der koreanischen Halbinsel durch ein Übergangsstadium allmählich und stufenweise verwirklicht werden. Hingegen sieht DFRK die Vollendung der Wiedervereinigung auf der Grundlage eines Föderativsystems vor.

Eine erste konkrete Wiedervereinigungskonzeption auf theoretischer Grundlage der Föderation kam aus Nordkorea, indem Kim Il-Sung die „Föderation des Südens und des Nordens“ - ähnlich wie der Konföderationsplan der DDR am Ende der 50er Jahre<sup>13</sup> - am 14. August 1960 vorschlug. Seither und bis heute hat zwar Nordkorea seine Konzeption inhaltlich etwas modifiziert und konkretisiert, aber ihre Inhalte stehen im Grund auf der Basis der „demokratischen föderativen Republik Koryo“, die auf dem 6. Parteitag am 10. Oktober 1980 vorgestellt wurde und bis jetzt für die offizielle Wiedervereinigungskonzeption der nordkoreanischen Regierung gehalten wird.

Die südkoreanische offizielle Wiedervereinigungskonzeption ist die „National Community Unification Formula“. Die südkoreanische Regierung stellte erstmals im Jahr 1982

---

<sup>12</sup> Alte Name Koreas

<sup>13</sup> Ende 1956 schlug Walter Ulbricht einen Konföderationsplan – die Bildung einer völkerrechtlichen Staatenverbindung - zwischen beiden deutschen Staaten vor,

eine Wiedervereinigungskonzeption „Demokratische Wiedervereinigung zur nationalen Aussöhnung“ vor, die eine friedliche Koexistenz beider Koreas und eine Übergangsphase auf dem Weg zur friedlichen Wiedervereinigung vorsah. 1989 formulierte sie die „Korean National Community Unification Formula“ mit noch konkreterem Verfahren zur friedlichen Wiedervereinigung Koreas. Diese Konzeption wurde später wiederum durch die „National Community Unification Formula“ ergänzt.

Die süd- und nordkoreanischen Wiedervereinigungskonzeptionen basieren auf die Konföderation und die Föderation. Von theoretischem Gesichtspunkt aus – die Gewaltenteilung und die Handlungsmuster der politischen Akteure usw. – betrachtet, bilden die Begriffe „Föderation“ und „Konföderation“ einen deutlichen Gegensatz. „In der Föderation geht die Souveränität auf den Zentralstaat über und im Unterschied zum Einheitsstaat bleiben Staatsqualität und Staatsgewalt der Gliedstaaten im Bundesstaat aber erhalten.“<sup>14</sup> Im Gegensatz zur Föderation bzw. zum Bundesstaat stellt die Konföderation einen Zusammenschluss zweier oder mehrerer gleichberechtigter und weiterhin souveräner Staaten zu einem Staatenbund dar. D.h., die Föderation hat eine auf Integration und Gleichheit der Lebensbedingungen gerichtete zentripetale Zielvorstellung, während die Konföderation eine auf Autonomie bzw. Eigenständigkeit und die Vielfalt der Lebensbedingungen gerichtete zentrifugale Zielvorstellung hat.

In diesem Teil geht es um die Wiedervereinigungskonzeptionen beider Koreas einschließlich der „3-Principles and 3-Stages Unification Formula“ Kim Dae-Jungs. Zuerst werden auf dieser theoretischen Grundlage die Inhalte und die Entwicklungen der Konzeptionen beider Seiten verfolgt und analysiert. Und weiterhin werden durch den Vergleich der Konzeptionen die inhaltlichen Unterschiede zwischen ihnen mit kritischer Bewertung untersucht.

Nordkorea wendet bei der Bezeichnung seiner Wiedervereinigungskonzeptionen die beiden Begriffe „Föderation“ und „Konföderation“ miteinander an, indem es das Wort „Föderation“ („younbang“ auf Koreanisch) in koreanischen Texten und das Wort „Konföderation“ in englischen oder deutschen Texten benutzt. In dieser Arbeit werde ich nur den Begriff „Föderation“ für die nordkoreanische Konzeption anwenden, um Verwir-

---

<sup>14</sup> Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft, Bd 1, München 2002, S. 234.

zung zu vermeiden und sie von der südkoreanischen Konzeption zu unterscheiden. Wenn ich aber eine Stelle aus englischen oder deutschen Texten anführe, werde ich den vorgegebenen Wortlaut nicht abändern.

## 2 Die Wiedervereinigungskonzeptionen Südkoreas

### 2.1 Die Wiedervereinigungsvorstellungen und -Politik Südkoreas bis zu den 70er Jahren

#### 2.1.1 „Wiedervereinigung durch freie Wahlen im nordkoreanischen Teil“

Nachdem die gemeinsame USA-UdSSR Kommission zur Lösung der Koreafrage aufgrund des Unterschiedes der beiderseitigen Interessen gescheitert war, wurde die Koreafrage von den Vereinten Nationen aufgenommen und am 14. November 1947 nahm die UNO-Vollversammlung mit großer Mehrheit eine Resolution zur Koreafrage an: Eine provisorische Regierung sollte durch freie allgemeine Wahlen auf der ganzen koreanischen Halbinsel unter der Aufsicht der „UN Temporary Commission on Korea (UNTCOK)<sup>15</sup>“ gebildet werden.<sup>16</sup> Aber angesichts des starken sowjetischen Widerspruchs konnte die Wahl nur im südkoreanischen Teil durchgeführt werden. Damit wurde eine neue Regierung am 15. August 1948 in Seoul gebildet und am 12. Dezember bestätigte die UNO-Vollversammlung sie als die einzige legale Regierung auf der koreanischen Halbinsel.

Mit einem Beschluss am 12. Juni 1948 rief die erste Nationalversammlung die Nordkoreaner zur freien Wahl in Nordkorea nach der UNO-Resolution und der Sendung ihrer

---

<sup>15</sup> Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat am 14. November 1947 eine Grundsatzresolution zur koreanischen Frage mit einer großen Mehrheit aufgenommen: Die Vereinten Nationen würden eine „United Nations Temporary Commission on Korea (UNTCOK)“ einrichten, um für die Durchführung freier Wahlen in ganz Korea zu sorgen. Diese Kommission soll aus Vertretern von neun Nationen – Australien, Kanada, Indien, Philippinen, Syrien, Frankreich, El Salvador, Ukraine und China – bestehen.

<sup>16</sup> Chung, Chong-Shik / Kim, Hak-Joon (ed.): Korean Unification Problems in the 1970s, Seoul 1980, S. 17.

Vertreter in die Nationalversammlung auf. Indem die neue Regierung die Gründung der Republik Korea (ROK) am 15. August verkündete, erklärte sie ihre grundlegenden Standpunkte über die Wiedervereinigung Koreas wie folgt:

1. Die Regierung der Republik Korea ist die einzige rechtmäßige Regierung auf der koreanischen Halbinsel nach der Verfassung.
2. 100 Sitze im Parlament, die für den nordkoreanischen Teil immer noch frei bleiben, müssen durch eine freie Wahl in Nordkorea besetzt werden.
3. Falls der freie Wille der nordkoreanischen Bevölkerung weiter verhindert würde, könnte die Republik Korea sogar durch Gewalt ihre Souveränität im nordkoreanischen Territorium in Anspruch nehmen.<sup>17</sup>

Das war die erste offizielle Wiedervereinigungsvorstellung Südkoreas, nach der die Wiedervereinigung Koreas den Anschluss Nordkoreas an die Republik Korea durch die Wahl in Nordkorea auf Grund der Legitimation der Republik Korea darstellte. Wegen dieses Gesichtspunktes lehnte die Regierung in Seoul irgendwelche Verhandlungen mit Nordkorea strikt ab. Der damalige südkoreanische Präsident Rhee meinte, ein Versuch zur Wiedervereinigung könne nur durch die Republik Koreas zustande kommen. Daher könne eine Verhandlung mit Nordkorea auf keinen Fall in Frage kommen, weil sie eine Anerkennung des nordkoreanischen Regimes darstelle.<sup>18</sup>

Manchmal sprach der Präsident Rhee zwar von der Wiedervereinigung durch Gewalt, aber das war nichts als ein politischer Slogan als eine Reaktion auf nordkoreanische Forderungen nach einem Rückzug der amerikanischen Armee aus Südkorea. Mit Ausnahme eines Vorschlages auf der Genfer Konferenz hielt die Regierung unter Rhee im Grunde an dem Konzept der Wiedervereinigung durch die freie Wahl im nordkoreanischen Teil fest.

---

<sup>17</sup> Ministerium für Nationale Wiedervereinigung der Republik Korea (Hrsg.): tonil baekseo 97 (Weißbuch über die Wiedervereinigung 97), Seoul 1997, S.22.

<sup>18</sup> Außenministerium der Republik Korea: hankook oekyo samsipnyunsa (Die dreißigjährige Geschichte der Außenpolitik der Republik Korea 1948-1978), Seoul 1979, S. 63.

## 2.1.2 „Wiedervereinigung durch freie und allgemeine Wahlen in ganz Korea“

Die Konzeption der Wiedervereinigung durch freie allgemeine Wahlen auf der ganzen koreanischen Halbinsel wurde zum ersten Mal in der Genfer Konferenz vorgebracht, die im April 1954 zur friedlichen Lösung der Koreafrage nach der UNO-Resolution zustande kam. Der damalige Südkoreanische Außenminister Pyun Yung-Tai schlug bei der Genfer Konferenz am 14. Juli das Vierzehn-Punkte-Programm zur Wiedervereinigung Koreas vor. Sein Hauptpunkt heißt: Für die Gründung des vereinigten Koreas sollen freien und allgemeine Wahlen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl auf der ganzen koreanischen Halbinsel nach der Verfassung der Republik Korea unter der UNO-Aufsicht durchgeführt werden.<sup>19</sup> Davon ging die grundlegende Richtlinie südkoreanischer Wiedervereinigungspolitik aus.

Nachdem die diktatorische Regierung unter Rhee durch den Studentenaufstand am 19. April 1960 gestürzt worden war, traten viele konservative oder progressive Parteien auf. Damit fanden die lebhaften Diskussionen über die Wiedervereinigungsfrage im Land statt und wurden verschiedene Vorschläge aufgestellt. Die Frage der Wiedervereinigung wurde ein zentrales Thema der Wahlkampagne für die allgemeinen Wahlen im Juli. Dabei stellte die demokratische Partei, die spätere Regierungspartei unter dem Ministerpräsidenten Chang Myun, ihre eigene Wiedervereinigungskonzeption vor. Sie lautet:

1. Die friedliche und demokratische Vereinigung muss durch freie Wahlen im Süden und Norden unter UNO-Aufsicht erreicht werden;
2. Die Aufsichtskommission für die Wahl wird nach der Resolution der UNO und aus den UNO-Mitgliedsstaaten gebildet, die selbst freie Wahlen abgehalten haben;
3. Die Errichtung eines „gemeinsamen Ausschusses von Südkorea und Nordkorea“ vor der nationalen Wahl widerspricht der UNO-Resolution, die die Republik Korea als die einzige legitime Regierung in Korea anerkennt. Somit kann der Vorschlag nicht akzeptiert werden;

---

<sup>19</sup> Chung, Chong-Shik / Kim, Hak-Joon (ed): a. a. O., S. 23ff.

4. Weil Nordkorea auf die kommunistischen Manöver zur Zerstörung der Republik Korea nicht verzichtet, sollte jeder kulturelle und wirtschaftliche Austausch vor der Wiedervereinigung abgelehnt werden;
5. Ein vereinigtes Korea sollte ein Staat sein, der Demokratie und Freiheit des bürgerlichen Rechtes bewahrt. Weder eine rote Diktatur noch eine weiße Diktatur kann akzeptiert werden.<sup>20</sup>

Mit der Erklärung über das außenpolitische Programm nahm der Außenminister Chong Il-Hyong Stellung zur Wiedervereinigungspolitik seiner Regierung am 24. August 1960, einen Tag nach der Bildung des Kabinetts. Seine Regierung soll den rücksichtslosen Slogan „Marsch nach Norden und Wiedervereinigung“, der von der früheren Regierung oftmals benutzt wurde, nicht mehr verwenden und die Wiedervereinigung durch die freie Wahl in ganz Korea unter der UNO-Aufsicht mit Rücksicht auf die UNO-Resolution herstellen. Drei Tage später bestätigte der Premierminister Chang nochmals diese Wiedervereinigungskonzeption seiner Regierung bei der ersten Regierungserklärung vor dem Unterhaus.

Dagegen wurden verschiedene Vorschläge zur Wiedervereinigung in der Zeit der Regierung Chang von den progressiven Oppositionsparteien, politischen Gruppen oder Studenten vorgetragen. Unter anderem forderten die Studenten stets nach dem Aufstand im April sofortige direkte Verhandlungen zwischen dem Süden und dem Norden für die friedliche Wiedervereinigung. Sie gründeten eine „Studentenliga für die Nationale Wiedervereinigung“ im November 1960, der sich weitere Universitäten im Mai 1961 anschlossen. Sie rief schließlich die beiden Regierungen zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit, freiem Postverkehr zwischen dem Süden und Norden und gemeinsamer Teilnahme als eine Mannschaft an den nächsten Olympischen Spielen auf. Darüber hinaus plante sie trotz des Widerspruchs der Regierung eine Konferenz der Studentenfürer des Südens und des Nordens.<sup>21</sup>

Auch ein neutraler Staat stand seinerseits im Mittelpunkt der Diskussion über die koreanische Wiedervereinigungsfrage. Progressive Kräfte im In- und Ausland vertraten den

---

<sup>20</sup> Ebd., S. 28.

<sup>21</sup> Lee, Won-Myoung: Zur Frage der Nation und der Wiedervereinigung im geteilten Korea, Seoul 1989, S. 163ff.

Standpunkt, dass ein neutraler koreanischer Staat unter international garantierten Vereinbarungen die einzige Möglichkeit zur friedlichen Wiedervereinigung des Landes Koreas bieten, weil die Teilung Koreas ein Resultat des Kalten Krieges zwischen der USA und der UdSSR sei und Korea nie in seinem Urteil selbständig sein könne, solange die koreanische Halbinsel unter dem Einfluss der beiden Supermächte stehe.<sup>22</sup>

Wiedervereinigungswünsche brachen sich Bahn in Forderungen wie „Austausch zwischen dem Süden und dem Norden“, „sofortige Verhandlung zwischen dem Süden und dem Norden“ und „Wiedervereinigung durch einen neutralen koreanischen Staat“, und viele Studenten befürworteten sie. Premierminister Chang indessen blieb nach wie vor bei dem Konzept seiner Regierung: „Freie Wahl in ganz Korea unter UNO-Aufsicht“. Am 2. November 1960 warnte er die Bevölkerung in einer Erklärung „Über einen neutralen koreanischen Staat“ vor der Gefahr der Österreich-Lösung mit folgender Begründung:<sup>23</sup>

1. Die koreanische Halbinsel ist strategisch von großer Bedeutung, weil sie an die Sowjetunion und die Volksrepublik China grenzt;
2. Österreich befindet sich faktisch unter starkem Schutz der NATO, während die militärische Kraft Südkoreas einen Teil des Machtpotentials im Fernen Osten bildet;
3. Im Vergleich mit Österreich ist Südkorea im Fall einer Invasion aufgrund geopolitischer Lage schwer zu verteidigen;
4. Österreich hat unter der Besetzung der vier Großmächte eine einheitliche Regierung aufrechterhalten können;
5. Die politischen, wirtschaftlichen und sozio-kulturellen Aspekte Koreas identifizieren sich nicht mit denen Österreichs.<sup>24</sup>

---

<sup>22</sup> Ebd., S. 165.

<sup>23</sup> Education Center for Unification (Hrsg.): *tongil munje ihae* (Wissen zur Wiedervereinigungsfrage), Seoul 2000, S. 80ff.

<sup>24</sup> *Hankook Ilbo* vom 2. November 1960.

### 2.1.3 „Erst wirtschaftlicher Aufbau, dann Wiedervereinigung“

Die 2. Republik fand durch den militärischen Putsch am 16. Mai 1961 ein Ende. Mit dem Gelingen des Staatstreiches veröffentlichte das Militär-Revolutionskomitee die aus sechs Punkten bestehenden öffentlichen Versprechungen der militärischen Revolution. Darin betonte es, der Antikommunismus soll ein politischer Leitsatz des Staates sein und die antikommunistische Stellung der Nation soll erneuert und verstärkt werden. Um die nationale Wiedervereinigung als lang gehegten Wunsch der Nation zu verwirklichen, soll man für die Förderung nationaler Fähigkeit, mit der man sich mit dem Kommunismus auseinandersetzen kann, sein Bestes tun.<sup>25</sup>

Das stellte eine Grundrichtlinie für die Wiedervereinigung der Militärregierung dar und bedeutete damit das Ende der bis dahin relativ aktiven Diskussionen über die Wiedervereinigung. Der Außenminister der Militärregierung Kim Hong-Il machte durch eine Erklärung am 24. Juni bekannt, dass seine Regierung nicht die Wiedervereinigung durch Gewalt, sondern die friedliche Wiedervereinigung wünschte und dafür die freien Wahlen in Süd- und Nordkorea unter der UNO-Aufsicht befürwortete. Das Konzept „Wiedervereinigung durch freie Wahlen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl unter UNO-Aufsicht in ganz Korea“, das auf der Genfer Konferenz vorgeschlagen wurde, wurde unter der Militärregierung weiter beibehalten, und es gab im Grunde kaum Unterschiede zwischen der Wiedervereinigungsvorstellung der Militärregierung und derjenigen der 2. Republik.<sup>26</sup>

Nachdem die dritte Republik am 17. Dezember 1963 durch die fünfte Verfassungsänderung und das Referendum errichtet worden war, formulierte der Präsident Park Chung-Hee durch seine Botschaft am Jahresanfang 1964 seine Vorstellungen über die Wiedervereinigung, wobei die Wiedervereinigung unter dem freidemokratischen Prinzip durch die Vereinten Nationen und die Wiedervereinigung durch die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Republik Korea, sowie die Forschung und die Vorbereitung der Vorkehrung gegen die verschiedenen Probleme für die Wiedervereinigung, betont

---

<sup>25</sup> Kim, Myung-Ki: *nambukhan tongil jeongchek* (Die Wiedervereinigungspolitik Süd- und Nordkoreas), Seoul 1995, S. 92.

<sup>26</sup> Ebd., S. 92.



wurde.<sup>27</sup> Anschließend bestätigte das Parlament mit einer Resolution über die nationale Wiedervereinigung am 29. November die „freien Wahlen in ganz Korea unter der UNO-Aufsicht“. Die wesentlichen Punkte lauten:

1. Die Wiedervereinigung Koreas muss durch freie Wahlen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl im Süden und Norden unter UNO-Aufsicht erreicht werden;
2. Eine Aufsichtskommission muss von den UNO-Mitgliedstaaten gebildet werden, um die freie Wahl abzuhalten;
3. Alle Wiedervereinigungsvorschläge, die die Demokratie des vereinigten Koreas bedrohen, sind auszuschließen.<sup>28</sup>

Als es im Jahr 1965 zu Demonstrationen der Studenten gegen das ROK-Japan-Gespräch kam und damit die Diskussionen über die Wiedervereinigung wieder an die Öffentlichkeit kamen, machte die Regierung ihren Standpunkt über die Wiedervereinigung klar, nämlich dass der wirtschaftliche Aufbau der Nation als eine Grundvoraussetzung für die nationale Wiedervereinigung im Vordergrund stehe. Das betonte der Präsident Park durch seine Neujahrsbotschaft im Januar 1966 nochmals: Der wirtschaftliche Aufbau der Nation, nach dem man strebe, sei eine Priorität der Nation und ein Zwischenziel für die nationale Wiedervereinigung. Wenn der wirtschaftliche Aufbau die wirtschaftliche Unabhängigkeit voraussetze, werde die wirtschaftliche Unabhängigkeit die erste Stufe der Wiedervereinigung sein.<sup>29</sup> Indem er anschließend bei der Pressekonferenz am 8. Juni äußerte, dass die Wiedervereinigungsfrage Koreas erst in der 2.Hälfte der 70er Jahre öffentlich diskutiert werden könne, beschränkte er die freien Diskussionen über die Wiedervereinigung. Somit war klar, dass die Diskussion über die Wiedervereinigung nur unter der Führung der Regierung durchgeführt werden sollte.

Am 1. März 1969 wurde das Ministerium für nationale Wiedervereinigung nach dem Vorbild des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehung der Bundesrepublik Deutschland eingerichtet, um die Forschung über die Wiedervereinigung auf der Regierungsebene zu leiten.<sup>30</sup>

---

<sup>27</sup> Education Center for Unification (Hrsg.): a. a. O., S. 82-83.

<sup>28</sup> Ebd., S. 83.

<sup>29</sup> Ministerium für Nationale Wiedervereinigung der Republik Korea (Hrsg.): tongil baekseo 1992 (Weißbuch über die Wiedervereinigung 1992), Seoul 1992, S. 37.

<sup>30</sup> Education Center for Unification (Hrsg.): a. a. O., S. 83ff.

#### 2.1.4 „Erst Frieden, dann Wiedervereinigung“

Zu Anfang der siebziger Jahre beherrschte die Tendenz zu Entspannung und friedlicher Koexistenz durch die Annäherung zwischen USA und China und die Entspannung zwischen USA und UdSSR das weltpolitische Klima. Das wirkte auch auf die koreanische Halbinsel. Unter anderem wurde ein dramatischer Wandel in der Beziehung zwischen Ost- und Westdeutschland von der Regierung in Seoul mit großem Interesse beobachtet. Im Zeichen der Entspannung begann nun die südkoreanische Regierung die realistischere und aktivere Wiedervereinigungspolitik auf Grund des Selbstvertrauens durch den wirtschaftlichen Erfolg<sup>31</sup> zu betreiben. Zwar wurde alles immer noch von der Regierung geleitet, jedoch konnten mit der Einrichtung des Ministeriums für nationale Wiedervereinigung nun die bis dahin streng eingeschränkten Diskussionen über die Wiedervereinigung auf der wissenschaftlichen und politischen Ebenen zugelassen werden.

Im Zuge der sich anbahnenden Entspannung begann eine Phase der Neuorientierung in der nationalen Frage Koreas ab 1970. Ihr Ausgangspunkt war die „Erklärung vom 15. August“. In der Gedenkrede zum 25. Jahrestag der Unabhängigkeit Koreas am 15. August 1970 forderte der Präsident Park Nordkorea zum Verzicht auf das Vorhaben der Wiedervereinigung durch Gewalt oder des Umsturzes der Republik Korea durch die kommunistische Revolution auf und zugleich schlug er einen *bona fide* Wettbewerb zwischen dem Süden und dem Norden vor. Das zeigte, dass die Regierung der Republik Korea erstmals die Realität auf der koreanischen Halbinsel akzeptierte. Nämlich erkannte der Süden an, dass de facto ein Regime im anderen koreanischen Teil, im Norden, vorhanden ist. Dies stellte eine neue Wiedervereinigungspolitik dar, sodass unter derzeitigen Umständen Dialog, Austausch und Zusammenarbeit zwischen dem Süden und dem Norden für die Vorbereitung zu einer friedlichen Wiedervereinigung unumgänglich sind.

---

<sup>31</sup> Infolge des Erfolgs der zweimaligen „Fünf-Jahre-Wirtschaftsplanung“ überholte ab 1971 die südkoreanische Wirtschaft die nordkoreanische Wirtschaft.

Von diesem Gesichtspunkt aus schlug die südkoreanische Rot-Kreuz-Organisation eine Konferenz zwischen beiden Organisationen des Südens und des Nordens am 12. August 1971 vor, um über Zusammenführung der durch die Teilung und den Krieg getrennten Familien zu verhandeln. Als Pjöngjang den Vorschlag überraschend aufnahm, bahnte sich der Dialog zwischen beiden Ländern auf der humanitären Ebene schließlich nach 26 Jahren seit der Teilung an. Neben der Rotkreuzkonferenz folgten geheime Kontakte auf der Regierungsebene: Der Präsident Park schickte heimlich Lee Hu-Rak, den Chef des südkoreanischen Geheimdiensts (KCIA), nach Nordkorea, um sich mit der dortigen Führung über die Entspannung zwischen beiden Ländern zu beraten und einige Wochen später besuchte der Sondergesandte von Kim Il-Sung, Park Seong-Cheol, auch heimlich Seoul.

Als Folge der geheimen Verhandlung zwischen Süd und Nord wurde eine „*Gemeinsame Erklärung des Südens und des Nordens*“ gleichzeitig in Seoul und Pjöngjang am 4. Juli 1972 verkündet. Sie besteht aus 7 Punkten und unter anderem stehen die drei Prinzipien über die friedliche Wiedervereinigung im Mittelpunkt:

1. Die Wiedervereinigung muss unabhängig ohne Intervention und Einmischung der äußeren Kräfte verwirklicht werden;
2. Die Wiedervereinigung muss nicht durch Gewalt, sondern friedlich vollzogen werden;
3. Die nationale Einheit muss durch die Überwindung der Unterschiede in der Ideologie und dem System erreicht werden.<sup>32</sup>

Auch in den folgenden Punkten wurde Übereinstimmung erzielt: Die gegenseitige Verleumdung sollte unterlassen werden und militärische Zwischenfälle sollten vermieden werden, um eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen; der vielseitige Austausch zwischen beiden Seiten soll das gegenseitige Verständnis fördern und damit der unabhängigen friedlichen Wiedervereinigung dienen; eine direkte Telefonverbindung zwischen den Hauptstädten Seoul und Pjöngjang soll eingerichtet werden; beide Seiten sollten sich um den Erfolg der Rotkreuzkonferenz bemühen. Für die Durchfüh-

---

<sup>32</sup> Ministerium für Nationale Wiedervereinigung der Republik Korea (Hrsg.): *nambuk daehwa baeseo* (Weißbuch über den Süd-Nord-Dialog), Seoul 1985, S. 304-305; Chung, Chong-Shik / Kim, Hak-Joon (ed.): a. a. O., S. 37-38.

rung dieser Punkte sollte die Einrichtung eines gemeinsamen „Süd-Nord Koordinierungskomitees (SNCC)“ beschlossen werden.<sup>33</sup>

Mit der „Gemeinsamen Erklärung des Südens und des Nordens“ war nun die Beziehung zwischen Süden und Norden in eine neue Phase eingetreten. Neben der Rotkreuzkonferenz auf humanitärer Ebene kam jetzt der direkte Dialog zwischen dem Süden und dem Norden auf politischer Ebene erstmals seit der Teilung in Gang.

Mit der „Yusin-Verfassung“<sup>34</sup> trat nun die vierte Republik in Südkorea auf. Jedoch verfolgte sie die Wiedervereinigungspolitik mit dem gleichen Konzept wie in der dritten Republik. Aber trotz aller anfänglichen Hoffnung kam der Dialog zwischen dem Süden und dem Norden aufgrund einseitiger Forderungen und Behauptungen der nordkoreanischen Seite bald ins Stocken. Vor diesem Hintergrund versuchte die Regierung in Seoul eine neue Wendung. Der Präsident Park verkündete am 23. Juni 1973 die folgenden außenpolitischen Grundsätze für eine friedliche Wiedervereinigung. Die sogenannte „Sondererklärung vom 23. Juni“ lautet:

1. Die friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ist die oberste Aufgabe der Nation. Südkorea wird alle notwendigen Anstrengungen machen, um sie zu verwirklichen;
2. Der Friede auf der koreanischen Halbinsel sollte unter allen Umständen bewahrt werden. Keine Seite sollet sich in die inneren Angelegenheiten der anderen einmischen und einen militärischen Angriff auf die andere machen;
3. Südkorea wird sich mit Aufrichtigkeit und Geduld darum bemühen, im Süd-Nord Dialog zu sinnvollen und konkreten Ergebnissen zu gelangen;
4. Südkorea wird sich der Teilnahme Nordkoreas an den internationalen Organisationen nicht widersetzen, wenn dies hilfreich für eine Entspannung und die internationale Zusammenarbeit ist;
5. Südkorea wird sich dem gemeinsamen Beitritt mit Nordkorea in die Vereinten Nationen nicht entgegenstellen, unter der Voraussetzung, dass die Mehrheit der

---

<sup>33</sup> Chung, Chong-Shik / Kim, Hak-Joon (ed.): a. a. O., S. 38.

<sup>34</sup> Der Präsident Park schuf ein diktatorisches System durch die Veränderung der Verfassung am 17. Oktober 1972. Die „Yusin-Verfassung“ hat sich durch die Ausweitung der präsidentialen Befugnisse und die Abschaffung zeitlicher Beschränkungen auf die Anzahl der Amtsperioden des Präsidenten gekennzeichnet.

Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen dies wünsche und dies nicht die Aussichten auf eine Wiedervereinigung mindert;

6. Nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit und Gleichheit öffnet Südkorea allen Nationen die Tür. Gleichzeitig fordert Südkorea auch diejenigen Länder, deren Ideologie oder System sich vom südkoreanischen unterscheiden, dazu auf, Südkorea ebenfalls ihre Türen zu öffnen;
7. Südkorea wird eine friedensorientierte Außenpolitik weiterführen und bestehende freundschaftliche Beziehungen zu den Verbündeten festigen.<sup>35</sup>

Mit dieser Sieben-Punkte-Erklärung tat Präsident Park einen weiteren, früher unvorstellbaren Schritt. Das bedeutete die Aufgabe der bisherigen Hallstein-Doktrin. Damit wies die südkoreanische Regierung klar darauf hin, dass sie für den Austausch oder für diplomatische Beziehungen mit den kommunistischen Ländern und für den Beitritt Nordkoreas in jeden internationalen Organisationen bereit sei. Im Grunde stellte das die friedliche Koexistenz zwischen Süd und Nord dar.

Als konkreten Schritt zur Verwirklichung der friedlichen Koexistenz schlug Präsident Park Nordkorea am 18. Januar 1974 vor, ein gegenseitiges Nichtangriffabkommen zu unterzeichnen. Dieses Abkommen sollte die folgenden Inhalte enthalten; a) die gegenseitige Aufgabe von Gewaltanwendung als Mittel zur Wiedervereinigung, b) die gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, c) die Einhaltung des bestehenden Waffenstillstandsabkommens unter allen Umständen enthalten.<sup>36</sup> Diese Vorschläge zeigen, dass Südkorea zwar Nordkorea als einem De-facto-Staat nicht anerkannte, doch akzeptierte Südkorea die Realität auf der Koreanischen Halbinsel, nämlich dass ein politisches System in Nordkorea vorhanden sei, und auf der Basis der Anerkennung der Realität sollten die zwei Systeme des Südens und des Nordes eine friedliche Koexistenz bis zum Tag der Wiedervereinigung erhalten.

Die grundlegende politische Richtlinie der südkoreanischen Regierung hinsichtlich der Wiedervereinigung wurde in den „drei Grundprinzipien einer friedlichen Wiedervereinigung“ dargelegt, die Präsident Park in seiner Gedenkrede zum 29. Jahrestag der nationalen Befreiung am 15. August 1974 vorschlug. Sie lauten wie folgt:

---

<sup>35</sup> Chung, Chong Shik / Kim, Hak-Joon (ed.): a. a. O., S. 40-41; Kim, Myung-Ki: a. a. O., S. 99-100.

<sup>36</sup> Ministerium für Nationale Wiedervereinigung der Republik Koreas (1985), S. 312.

1. Durch ein gegenseitiges Nichtangriffabkommen zwischen Süd- und Nordkorea sollte ein dauerhafter Frieden auf der koreanischen Halbinsel gesichert werden;
2. Durch Dialog, Austausch und Zusammenarbeit sollten beide Seiten gegenseitig ihre Türen öffnen und das Vertrauen herstellen;
3. Auf der Grundlage eines stabilen Friedens sollte die Wiedervereinigung durch freie, allgemeine Wahlen erreicht werden, die nach der Bevölkerungsproportion unter angemessener Überwachung und Kontrolle durchgeführt werden sollten.<sup>37</sup>

In den drei Grundprinzipien für eine friedliche Wiedervereinigung kommen folgende Bedeutungsinhalte zum Ausdruck: Erstens wären die Phasen des Dialogs, des Austauschs und der Zusammenarbeit vor der Erreichung der nationalen Wiedervereinigung notwendig. Zweitens sollten für freie allgemeine Wahlen das gegenseitige Vertrauen und die nationale Identität wiederhergestellt werden. Drittens sollte die Regierungsform durch freie allgemeine Wahlen unter angemessener Überwachung und Kontrolle festgelegt werden.

Zusammenfassend waren die drei Grundprinzipien auf eine friedliche und unabhängige Wiedervereinigung ausgerichtet. Seither liegen diese drei Grundprinzipien für eine friedliche Wiedervereinigung der südkoreanischen Wiedervereinigungspolitik zugrunde und die Wiedervereinigungskonzeptionen Südkoreas seit 1970 wurden auf der Grundlage dieser drei Grundprinzipien ergänzt und entwickelt.

## 2.2 „Demokratische Wiedervereinigung zur nationalen Aussöhnung“

Der Staatspräsident Chun Doo-Hwan der fünften Republik hatte in der Pressekonferenz zum Neujahr am 12. Januar 1981 den nordkoreanischen Staatschef Kim Il-Sung zu einem Staatsbesuch Südkoreas eingeladen, um den Anlass zu dem Aufbau des Vertrauens zwischen dem Süden und dem Norden, der Verhinderung eines Krieges und der Fortsetzung des Dialogs zu geben. Anschließend schlug er im Juni wiederum Nordkorea ein Gipfeltreffen mit konkreten Plänen vor.

---

<sup>37</sup> Ebd., S. 317ff.; Lee, Won-Myoung: a. a. O., S.173.

Als der Vorschlag von der nordkoreanischen Seite kategorisch abgelehnt wurde, präsentierte Präsident Chun am 22. Januar 1982 einen umfassenden Plan für die Wiedervereinigung, nämlich die Konzeption „demokratische Wiedervereinigung zur nationalen Aussöhnung“. Sie war eine erste Wiedervereinigungskonzeption, die von der südkoreanischen Regierung mit dem konkreten und systematischen Verfahren zur friedlichen Wiedervereinigung Koreas aufgestellt wurde. Diese Wiedervereinigungskonzeption sieht inhaltlich eine Reihe von detaillierten Maßnahmen zur Bildung einer gemeinsamen Regierung und ein „vorläufiges Abkommen zur Regelung der Nord-Süd-Beziehungen“ zur nationalen Versöhnung als Grundlage für die Wiedervereinigung vor.

Zunächst weist sie auf die Bildung einer „Beratenden Konferenz für die Nationale Wiedervereinigung“ mit Delegierten beider Seiten hin, wo beide Entwürfe, die von beiden Seiten vorgelegt werden sollen, für die Verfassung eines vereinigten Koreas verglichen und geprüft werden sollen. Und schließlich soll ein einheitlicher Verfassungsentwurf ausgearbeitet werden. Der Verfassungsentwurf soll durch eine nationale Volksabstimmung in ganz Korea bestätigt werden. Nach der Verfassung sollen ein gemeinsames Parlament und eine gemeinsame Regierung durch allgemeine Wahlen gebildet werden. Damit soll schließlich eine „Vereinte Demokratische Republik Korea“ gegründet werden. Und die Fragen nach der politischen Ideologie, dem Namen des Landes, der politischen Richtlinie, der Regierungsform sowie Zeitpunkt und Verfahrensweise für allgemeine Wahlen in ganz Korea usw. sollen mit dem Entwurf der einheitlichen Verfassung in der Beratenden Konferenz für die Nationale Wiedervereinigung verhandelt und entschieden werden.<sup>38</sup>

Diese Wiedervereinigungskonzeption betonte auch eine friedliche Koexistenz zwischen Süd- und Nordkorea als eine Übergangsphase vor der Bildung der gemeinsamen Regierung. Dazu wurde ein „vorläufiges Abkommen zur Regelung der Nord-Süd-Beziehungen“ vorgeschlagen, das die gegenseitige Vertrauensbasis herstellen, die nationale Identität erneuern und zu nationaler Versöhnung führen soll, so dass der Wiedervereinigung im Wege stehende Faktoren abgebaut werden können. Das „Vorläufige Abkommen zur Regelung der Nord-Süd-Beziehungen“ soll die folgenden Inhalte haben:

---

<sup>38</sup> Ministerium für nationale Wiedervereinigung der Republik Korea (1985), S. 271-78

- (1) Erhaltung der Beziehungen auf der Grundlage von Gleichheit und Gegenseitigkeit;
- (2) Verzicht auf alle Arten der Drohung und militärischer Gewalt und friedliche Regelung von allen Problemen durch Dialog ;
- (3) Anerkennung der gegenseitigen politischen Ordnung und gesellschaftlichen Institutionen und Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten;
- (4) Beibehalten der bestehenden Waffenstillstandsregelung, Ausarbeitung von Maßnahmen zur Beendigung des Rüstungswettlaufs und der militärischen Konfrontation;
- (5) Schrittweise Öffnung des Landes durch den Austausch und die Kooperation auf verschiedenen Ebenen;
- (6) Respektierung der bilateralen und multilateralen Verträge und Abkommen mit anderen Ländern bis zur Wiedervereinigung;
- (7) Einrichtung des Verbindungsbüros in Seoul und Pjöngjang.<sup>39</sup>

Dieser 7-Punkte-Vorschlag wurde wiederum durch ein sich auf konkrete Maßnahmen beziehendes 20-Punkte-Programm ergänzt, das von Minister Sohn Jae-Shik vom Ministerium für Nationale Wiedervereinigung am 1. Februar 1982 bekannt gegeben wurde. Das 20-Punkte-Programm enthielt folgende Einzelheiten:

- (1) Ausbau und Eröffnung einer Straßenverbindung zwischen Seoul und Pjöngjang zum freien Zugang zu beiden Landesteilen;
- (2) Beginn des Briefaustausches und Zusammenführung der getrennten Familien in Nord und Süd;
- (3) Öffnung des Gebietes des Seolak-Gebirges im Süden und des Gumgang-Gebirges im Norden, als gemeinsames Touristengebiet;
- (4) Gemeinsame Durchführung von Besuchsprogrammen von Auslandskoreanern und freie Reisemöglichkeiten zwischen dem Norden und dem Süden über Panmunjom;
- (5) Öffnung der Häfen Incheon und Sinnampo für freien Handel zwischen Nord und Süd;

---

<sup>39</sup> Ebd., S. 280-82; Lee, Won-Myong: a. a. O., S. 176-178.



- (6) Einstellung der Propagandasendungen und Zulassung der beidseitigen regulären Radioprogramme;
- (7) Teilnahme Nordkoreas an den Asiatischen Spielen 1986 und an der Seoul-Olympiade 1988 und Einreise in den Süden über Panmunjom;
- (8) Freien Zugang zu beiden Ländern über Panmunjom für die ausländischen Touristen;
- (9) Errichtung einer gemeinsamen Fischereizone zur freien Nutzung durch nord- und südkoreanische Fischer;
- (10) Austausch von Repräsentanten aller Schichten wie Politikern, Geschäftsleuten, Studenten, Jugendlichen, Arbeitern, Schriftstellern, Künstlern, Sportlern usw. zur Verbesserung der Beziehungen und zum Aufbau einer Vertrauensbasis zwischen beiden Seiten;
- (11) Zulassung der freien Berichterstattung über die beiden Landesteile durch Journalisten;
- (12) Gemeinsame Erforschung der Geschichte zur Bewahrung und Entwicklung der nationalen Kultur;
- (13) Durchführung von Freundschaftsspielen im Sport und Bildung einer gemeinsamen Mannschaft für internationale Sportveranstaltungen;
- (14) Handel mit den wichtigsten Lebensgütern;
- (15) Gemeinsame Entwicklung und Nutzung der Bodenschätze;
- (16) Austausch von Technikern und Ausstellung von den fertigen Waren;
- (17) Bau von Sportanlagen innerhalb der entmilitarisierten Zone zur Durchführung von Freundschaftsspielen zwischen dem Norden und dem Süden;
- (18) Gründung gemeinsamer akademischer Forschungsprogramme zur Untersuchung des ökologischen Systems von Fauna und Flora in der entmilitarisierten Zone;
- (19) Beseitigung aller militärischen Anlagen aus der entmilitarisierten Zone zum Abbau der Spannungen;
- (20) Beratungen über Maßnahmen zur Rüstungskontrolle und Einrichtung einer direkten Telefonverbindung zwischen den verantwortlichen Führern im Norden und Süden.<sup>40</sup>

---

<sup>40</sup> Amt für Nationale Wiedervereinigung: Eine vergleichende Studie Nord- und Südkoreas, Seoul 1982, S. 30-31.

Die Konzeption „Demokratische Wiedervereinigung zur nationalen Aussöhnung“ wird durch die folgenden Punkte gekennzeichnet: Erstens bestätigte sie wieder eine friedlicher Wiedervereinigung und stellte eine Vision für die Zukunft des vereinigten Staates auf, die Nation, Demokratie, Freiheit und Wohlfahrt betrifft. Zweitens zeigte sie den Wiedervereinigungsprozess – ausgehend von der Realität der Teilung bis zur Vollendung der Wiedervereinigung. Drittens bekräftigte sie, dass unter anderem die nationale Aussöhnung in diesem Vorgang entstehen sollte, um den vollkommenen vereinten Staat zu verwirklichen. Viertens stellte sie erstmals eine einheitliche Verfassung, die von den Vertretern des Südens und des Nordens beraten und festgelegt werden sollte, sowie den Vorgang und das Verfahren zur Verwirklichung des vereinten demokratischen Staates nach dieser Verfassung vor. Diese Konzeption versucht zwar mit dem Begriff „Nation“ als ihr Mittelpunkt die geschichtliche Bedeutung der Teilung und Wiedervereinigung aufzuzeigen, aber die Erklärung über das konkrete Verfahren bis zur Vollendung der Wiedervereinigung ist noch unzureichend.

### 2.3 „Korean National Community Unification Formula“

Die im Jahr 1987 veränderte Verfassung Südkoreas hat das Prinzip zur friedlichen Wiedervereinigung zum ersten Mal festgelegt. Die Präambel betonte die Aufgabe der Nation zur friedlichen Wiedervereinigung. Gleichzeitig wurde der Entwurf und die Durchführung der friedlichen Wiedervereinigungspolitik auf der Grundlage der freien demokratischen Grundordnung im Artikel 4 und die treue Pflicht des Präsidenten zur friedlichen Wiedervereinigung im Artikel 66, Abschnitt 3 dargelegt. Damit bemühte sich die Regierung der sechsten Republik um neue Gestaltung der Nord-Süd-Beziehung.<sup>41</sup> Präsident Roh Tae-Woo veröffentlichte eine neue Politik gegenüber Nordkorea durch eine Deklaration vom 7. Juli 1988, die durch folgende drei Punkte gekennzeichnet war: (a) Südkorea werde Nordkorea nicht mehr als Staatsfeind, sondern als ein Mitglied einer ethnischen Gemeinschaft betrachten; (b) Südkorea werde Nordkorea zu der aktiven Teilnahme an der internationalen Gemeinschaft als ein verantwortliches Mitglied hel-

---

<sup>41</sup> Education Center for Unification (Hrsg.): a. a. O., S. 91-92.

fen; (c) Südkorea werde kontinuierlich eine Politik gegenseitiger Zusammenarbeit und Versöhnung zwischen Süd und Nord verfolgen.<sup>42</sup>

Präsident Roh formulierte im Sinne dieser Sondererklärung vom 7. Juli die „*Korean National Community Unification Formula*“ in seiner Rede vor dem Parlament am 11. September 1989.

Diese Wiedervereinigungskonzeption stellte Selbstständigkeit, Frieden und Demokratie als die Prinzipien für die Wiedervereinigung auf. D.h., die Wiedervereinigung sollte ohne Anwendung von militärischer Gewalt durch die Selbstbestimmung des koreanischen Volkes und demokratisches Verfahren erreicht werden. Diese Konzeption erforderte die Schaffung einer „*Korean Commonwealth*“ (Nord-Süd-Konföderation) als die Übergangsphase zur Wiedervereinigung, die mit der Proklamation einer „*Korean National Community Charter*“ durch ein Gipfeltreffen zwischen den beiden Staaten zustande kommen soll. Während dieser Übergangszeit sollten die beiden Seiten die nationale Identität wiederherstellen und die Koexistenz und den gemeinsamen Wohlstand ohne Rücksicht auf Unterschiede des politischen Systems suchen. Die „*Korean National Community Charta*“ soll folgendes zum Inhalt haben: 1) Grundprogramm für den Frieden und die Wiedervereinigung; 2) Frage über den gegenseitigen Nichtangriff; 3) Die Einrichtung und die Leitung der einheitlichen Organisationen in der Phase der Süd-Nord-Konföderation.

Das „Koreanische Commonwelth“ sieht einen Präsidentenrat als höchstes entscheidungstragendes Organ, einen Ministerrat und einen Parlamentrat vor. Der Präsidentenrat, der aus den Staatspräsidenten Süd- und Nordkoreas gebildet werden soll, solle von einem Ministerrat beraten werden. Der Ministerrat solle von etwa 10 Mitgliedern aus den Kabinetten der beiden Staaten mit gemeinsamem Vorsitz gebildet werden und fünf ständige Fachkomitees auf den humanitären, politischen und diplomatischen, wirtschaftlichen, militärischen und sozio-kulturellen Ebenen haben. Dieser Rat solle über die anstehenden Fragen zwischen Süd und Nord diskutieren, Lösungen suchen und für die Durchführung dieser Entscheidungen sorgen. Der Parlamentrat solle aus je 50 Delegierten beider Seiten bestehen. Er solle den Ministerrat beraten und die Verfassung des

---

<sup>42</sup> Korean Overseas Information Service: A handbook of Korea, 8. ed., Seoul 1990, S. 317; The Kim Dae-Jung Peace Foundation for the Asia Pacific Region (Hrsg.): *Atae tongil youngam* (Atae Jahrbuch für Wiedervereinigung 1995), Seoul 1995, S. 67-69.

vereinten Koreas entwerfen und ausarbeiten. Auch sollten die Methoden und die konkreten Verfahren zur Verwirklichung der Wiedervereinigung im Parlamentrat verhandelt werden.

Außerdem sollen der Süden und der Norden ein gemeinsames Sekretariat errichten, um die Aktivitäten von Ministerrat und Parlamentrat zu unterstützen, die anderen administrativen Angelegenheiten zu verhandeln und die ansässigen Verbindungsvertretungen nach Seoul und Pjöngjang senden. Die Institutionen und Einrichtungen des Koreanischen Commonwealth sollten in einer sog. Friedenszone liegen, die innerhalb der Entmilitarisierten Zone (DMZ) geschaffen werden sollte. Und diese Friedenszone sollte sich graduell zu einer „Stadt der Wiedervereinigung und des Friedens“ entwickeln.

Der Parlamentrat sollte die Entwürfe der Verfassung prüfen, die von beiden Seiten aufgestellt werden und sie in einer endgültigen Form durch das demokratische Verfahren bringen und endlich eine neue Verfassung verkünden. Unter dieser Verfassung sollten die allgemeinen Wahlen gehalten werden, um die Einheitsregierung und das Einheitsparlament zu bilden. Damit sollte ein vereintes Korea als ein Nationsstaat und eine demokratische Republik zustande kommen, der Freiheit, Menschenrecht und Wohlergehen aller Bürger garantieren sollte. Das Parlament sollte sich als Zweikammersystem konstituieren mit einem Oberhaus, das auf der regionalen Repräsentation basiert, und mit einem Unterhaus, das auf der Volksrepräsentation basiert.<sup>43</sup>

Die charakteristischen Merkmale dieser Wiedervereinigungskonzeption sind die folgenden: Erstens bestätigt sie noch mal die drei Prinzipien der Wiedervereinigung „Selbständigkeit, Frieden und Demokratie“. Zweitens hebt sie auf der Grundlage der Realität der Teilung die Notwendigkeit einer Zwischenphase für die Wiederherstellung der *national community* und die Verwirklichung der Wiedervereinigung dadurch hervor. Drittens legt sie das koreanische Commonwealth als ein Übergangssystem für die Wiedervereinigung fest, in dem man durch die Verstärkung der Beziehung der gegenseitigen Zusammenarbeit und der Koexistenz und der gegenseitigen Prosperität zwischen Süd und Nord das Fundament der Wiedervereinigung aufbauen soll. Viertens stellt sie die Lösung der politischen und militärischen Frage parallel zu Förderung des Austausches und der Zusammenarbeit für die Wiederherstellung nationaler Identität. Fünftens stellt

---

<sup>43</sup> Korean Overseas Information Service (Hrsg.): a. a. O., S. 320; The Kim Dae-Jung Peace Foundation for the Asia Pacific Region (Hrsg.): a. a. O., S. 41-44.

sie konkret die Vision der Zukunft des vereinten Staates auf – die Gründung eines demokratischen Staates, in dem Freiheit, Menschenrecht und Wohlergehen gewährleistet werden soll.

#### 2.4 „National Community Unification Formula“

Die neue Regierung unter Präsident Kim Young-Sam trat ihr Amt am 25. Februar 1993 an. Es gehörte zu dem Ziel der neuen Regierung, einen nationalen Konsens im Hinblick auf weitere Schritte in Richtung Wiedervereinigung herzustellen. Zu diesem Zweck hat sie eine dreistufige Wiedervereinigungskonzeption entwickelt. Präsident Kim präsentierte in der Gedenkrede zum 49. Jahrestag der Unabhängigkeit Koreas am 15. August 1994 die „*National Community Unification Formula*“, die die Wiedervereinigungskonzeption der Regierung Roh, die *Korean National Community Unification Formula*, inhaltlich noch ergänzt hat und die bisherige offizielle Wiedervereinigungskonzeption der südkoreanischen Regierung ist. Diese Formel machte noch mal den Standpunkt klar, dass die Wiedervereinigung Schritt für Schritt und stufenweise in Richtung auf die Bildung einer „*single national community*“ verwirklicht werden sollte. Und sie basiert auf der Grunderkenntnis, dass der Systemwettbewerb zwischen Süd und Nord eine Sache der Vergangenheit ist, weil die internationale Situation sich folgenreich verändert hat: Das sozialistische System der Länder in Osteuropa ist zusammengebrochen; Südkorea hat mit Russland sowie China diplomatische Beziehung aufgenommen; und die Systemkrise in Nordkorea hat sich verschärft, wofür der eklatante Nahrungsmangel beredtes Zeugnis ablegt.

Von diesem Standpunkt aus konkretisierte die *National Community Unification Formula* die Richtlinie der Wiedervereinigungspolitik und stellte drei Grundsätze dafür auf: Beachtung demokratischer Vorgehensweisen, Ausrichtung auf Zusammengehörigkeit und gemeinsamen Wohlstand sowie Streben nach nationaler Wohlfahrt.

Die Beachtung demokratischer Vorgehensweisen hat zum Inhalt: Eine erleichterte Durchsetzung der dreistufigen Wiedervereinigungspolitik, die auf allgemeine Zustimmung und aufrichtige Mitwirkung gegründet sein soll; verstärkte Bemühungen beim Abbau von Unstimmigkeiten zwischen Behörden und bestehenden Nicht-

Regierungsorganisationen zu Fragen der Wiedervereinigungspolitik; die Verhinderung von Plänen Nordkoreas, mit seiner Konfrontationspolitik Zwietracht im Süden zu säen. Die Ausrichtung auf ein Zusammengehörigkeitsgefühl und gemeinsamen Wohlstand soll durch wechselseitigen Austausch und Zusammenarbeit sowohl Süd- wie Nordkorea Freiheit und wirtschaftlichen Zuwachs bringen. Südkorea werde dieses Ziel immer engagiert verfolgen, ohne jedoch Nordkorea zu isolieren oder zu bedrängen. Die südkoreanische Regierung betonte immer wieder, dass ihre Wiedervereinigungspolitik auf keinen Fall zum Ziel habe, sich Nordkorea einfach einzuverleiben.

Dem Gedanken der nationalen Wohlfahrt liegt inhaltlich zugrunde, dass beide Staaten, Nord- und Südkorea, eine Politik verfolgen sollen, die das Wohl der gesamten Nation im Auge hat und sich nicht durch bestimmte Ideologien oder vorgegebene politische Strukturen leiten lässt. Eine solche Politik sollte zum Ziel haben, die Lebensqualität aller Koreaner zu verbessern und allen Koreanern Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde zu garantieren.

a) Die Grundphilosophie der Wiedervereinigung<sup>44</sup>

Die „*National Community Unification Formula*“ wird inhaltlich von den zwei Pfeilern gestützt: Freie Demokratie als die Wiedervereinigungsphilosophie und die Bildung einer „*national community*“ als Ausgangspunkt für die Annäherung an die Wiedervereinigung. Diese Konzeption macht deutlich, dass die südkoreanische Wiedervereinigungspolitik auf dem philosophischen Grundsatz der freien Demokratie steht, die als die Grundphilosophie der Wiedervereinigung die Gewährleistung von Recht und Freiheit von jedem Mitglied und die Toleranz für die Verschiedenheit des Südens und des Nordens usw. zum Hauptinhalt haben soll. Gleichzeitig betont sie ausdrücklich, dass der Wert freier Demokratie nicht nur bei dem Prozess oder dem Verfahren der Wiedervereinigung, sondern auch im vereinten Staat stets in Geltung bleiben soll.

Die „*National Community Unification Formula*“ wird durch den Begriff „*national community*“ charakterisiert. „*National Community*“ basiert auf der nationalen Homogenität, die durch die lange gemeinsame Volksgeschichte entstanden ist. In dieser Bezie-

---

<sup>44</sup> Education Center for Unification (Hrsg.): a. a. O., S. 96ff.

hung stellt die *National Community* den Begriff auf, der die schicksalhafte Verbindung aller Mitglieder der Nation und die gemeinsame Lebensform sowie den gemeinsamen Lebensraum umfassen soll. Aus diesem Grund soll „*National Community*“ die Wurzel sein, die die Nation in einem Körper bindet und der Ursprung der Kraft, die an sich die Wiedervereinigung ermöglichen soll. Das Konzept von „*National Community*“ geht davon aus, dass Süd und Nord als eine Nation die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Gemeinschaft wiederherstellen, entwickeln und letztlich die politische Vereinigung, nämlich den vereinten Staat von einer Nation, einem Staat, einem System und einer Regierung vollenden sollen. Mit anderen Worten stellt der Geist von „*National Community*“ darauf ein, wie das koreanische Volk zusammen leben soll, und stellt die staatliche Vereinigung durch die nationale Einheit dar. Der Begriff „*National Community*“ ist die Annäherungsmethode, die sich ausdrücklich von dem Föderationskonzept Nordkoreas unterscheidet, das die Wiedervereinigung als die Frage der bestimmten Masse oder Klasse sieht oder darauf fokussiert, wie man die Gewalt verteilt.

b) Prinzipien für die Wiedervereinigung<sup>45</sup>

Die „*National Community Unification Formula*“ zeigt die Unabhängigkeit, den Frieden und die Demokratie als die drei Prinzipien der Wiedervereinigung.

Die Wiedervereinigung müsse mit friedlichen Mitteln und in Übereinstimmung mit demokratischen Verfahren auf der Grundlage des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung verwirklicht werden.

Das Prinzip der Unabhängigkeit bedeutet aber, dass die Aufgabe der Wiedervereinigung vom koreanischen Volk selbst in die Hand genommen werden muss, obgleich Korea von den Großmächten gegen den Willen des gesamten Volkes geteilt worden ist.

Daher sollte die Frage, wie die Wiedervereinigung erreicht werden kann und welche Regierungsform das vereinte Korea haben soll, durch die freie Entscheidung des koreanischen Volkes gelöst werden.

---

<sup>45</sup> Ebd., S. 98-100.

Das Prinzip des Friedens betont die friedliche Wiedervereinigung. Eine friedliche Wiedervereinigung soll die Macht- und Gewaltanwendung als Mittel ausschließen, die das Land in einen erneuten Krieg unter Beteiligung der Großmächte treiben würde.

Das Prinzip der Demokratie weist auf eine demokratische Vereinigung auf der Grundlage der Freiheit und des Rechts aller Koreaner hin. Das heißt, dass der Prozess und das Verfahren zur Wiedervereinigung auf dem Demokratie-Prinzip beruhen und dass gleichzeitig das vereinte Korea ein demokratischer Staat sein sollte.

### c) Der Prozess der Wiedervereinigung<sup>46</sup>

Die Wiedervereinigung sollte Schritt für Schritt und stufenweise in Richtung auf die Bildung einer „*single national community*“ verfolgt werden, weil Süd und Nord, deren Beziehung durch die verschiedenen Ideologien und Systeme von Feindschaft und Misstrauen geprägt ist, über Nacht die Wiedervereinigung nicht verwirklichen können. Somit sieht die *National Community Unification Formula* die folgenden drei Phasen zur vollständigen Vereinigung vor.

#### i) Die Phase der Versöhnung und Zusammenarbeit

Als Vorbereitung zu einer friedlichen nationalen Wiedervereinigung würden normale Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden unumgänglich sein. Dafür sollten Süd und Nord zuerst gegenseitig die andere Seite anerkennen und die politische Struktur der anderen Seite respektieren. Dann soll durch den Austausch und die Zusammenarbeit auf den verschiedenen Ebenen die Feindschaft und das Misstrauen zwischen beiden Landesteilen abgebaut werden, und ein Weg für die Aussöhnung soll gefunden werden.

Diese Phase bedeutet, dass gemäß dem Geist des inter-koreanischen Grundlagenvertrages vom Dezember 1991<sup>47</sup> Südkorea und Nordkorea mit der Beibehaltung der bestehen-

---

<sup>46</sup> Ebd., S. 100ff.; Ministerium für nationale Wiedervereinigung (Hrsg.): *tongil baekseo 94* (Weißbuch über die Wiedervereinigung 94), Seoul 1994, S. 59f.

<sup>47</sup> Bei der fünften Runde der innerkoreanischen Verhandlungen auf der Ebene der Ministerpräsidenten haben der Ministerpräsident von Südkorea, Chung Won-shik, und der Ministerpräsident von Nordkorea, Yon Hyong-muk, am 13. Dezember 1991 das sogenannte „Abkommen über Aussöhnung, Nichtangriff, Zusammenarbeit und Austausch zwischen dem Norden und dem Süden“ unterzeichnet.



den zwei Systeme und Regierungen den Teilungszustand friedlich akzeptieren. Laut Grundlagenvertrag zwischen Süd- und Nordkorea sollen der Norden und der Süden das auf der jeweils anderen Seite bestehende System anerkennen und respektieren (Art. 1) und jeglichen Akt mit dem Ziel der Zerstörung und des Sturzes der jeweils anderen Seite unterlassen (Art. 4). Sie erklärten einen gegenseitigen Gewaltverzicht (Art. 9) und einigten sich über die Durchführung von Maßnahmen zur gegenseitigen militärischen Vertrauensbildung (Art. 12) und Abrüstung und die Durchführung des wirtschaftlichen Austausches und der Zusammenarbeit für die einheitliche und gleichmäßige Entwicklung nationaler Wirtschaft und die Förderung des Wohls der ganzen Nation (Art. 15).

## ii) Die Phase des Koreanischen Commonwealth

In dieser Phase sollen die beiden Seiten ihre friedliche Koexistenz institutionalisieren. Durch aktiveren Austausch und Zusammenarbeit sollen die beiden die Gegensätze überwinden und die nationale Homogenität wieder herstellen. Auf der Basis des gegenseitigen Vertrauens, das in der Phase der Aussöhnung und der Zusammenarbeit aufgebaut wurde, sollen sie schließlich eine kulturelle, soziale und wirtschaftliche Gemeinschaft bilden. In der Phase des Koreanischen Commonwealth als einer Vorstufe zur politischen Vereinigung sollen die gemeinsamen Organisationen, von denen die konkreten Schritte und Pläne zur Gründung des vereinten Koreas diskutiert werden sollen, eingerichtet werden. Im Grunde soll ein Präsidentenrat und ein Ministerrat gebildet werden, durch die die bestehenden Unterschiede zwischen dem Süden und dem Norden entschärft werden sollen. Und in einer Versammlung der Delegierten aus den süd- und nordkoreanischen Parlamenten sollen die rechtlichen Verfahren für die Wiedervereinigung, der Verfassungsentwurf des vereinten Koreas usw. verhandelt werden.

## iii) Die Vollendung des Einheitsstaates

Diese Phase sieht die Vollendung eines vereinten Staates vor. In dieser Phase sollen die nationale Einheit und die politische Einheit gleichzeitig realisiert werden. Als das letzte Ziel soll eine politische Gemeinschaft auf der Basis der anderen Gemeinschaften, die in der zweiten Phase zustande gekommen sind, gebildet werden. Durch die freien allgemeinen Wahlen im Süden und Norden nach der Vereinigungsverfassung, die in der Pha-

se des Koreanischen Commonwealth festgesetzt wurde, sollen das einheitliche Parlament und die einheitliche Regierung gebildet werden und damit soll ein Einheitsstaat als ein Nationalstaat, in dem jedem Mitglied der Nation die politische und wirtschaftliche Freiheit garantiert wird und das Wohl und die Menschenwürde hochgeachtet werden, mit einem System und einer Regierung vollendet werden.

#### d) Die Vision der vereinten Korea

Das vereinte Korea sollte auf der Grundlage der „*Korean National Community*“ gegründet werden. In einem vereinigten Land sollte sichergestellt werden, dass alle Menschen die gleiche politische und wirtschaftliche Freiheit haben, dass für das Wohlergehen aller gesorgt wird und die Menschenrechte respektiert werden.

### **3 Die Wiedervereinigungskonzeptionen Nordkoreas**

#### 3.1 Nordkoreanische Vorschläge und Politik zur Wiedervereinigung bis zu den 50er Jahren

Die nordkoreanische Wiedervereinigungspolitik in dieser Zeit wurde vor allem durch das Konzept der „demokratischen Basis“ gekennzeichnet, die Wiedervereinigung auf der Grundlage des Aufbaus der „demokratischen Basis“ im nördlichen Teil Koreas zu erreichen. Schon am 17. Dezember 1948 erklärte Kim Il-Sung, „Nordkorea in die mächtige demokratische Basis für den Aufbau eines vereinigten demokratischen, unabhängigen Staates zu verwandeln“.<sup>48</sup> Hierbei bedeutet die demokratische Basis eine kommunistische Basis, um die ganze koreanische Halbinsel kommunistisch zu machen. Nach diesem Konzept führte Nordkorea eine politische und wirtschaftliche Systemreform durch, mit der Rechtfertigung einer sogenannten anti-imperialistischen und -feudalistischen demokratischen Reform. Auf der Grundlage solcher demokratischen Reformen wurde das nordkoreanische kommunistische Regime am 9. 9 1948 gegründet.

---

<sup>48</sup> Kim, Il-Sung: Ausgewählte Werke, Band I, Pjöngjang 1971, S. 20.

Als Kim als Ministerpräsident am nächsten Tag das politische Programm verkündete, sprach er folgendermaßen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung:

„Erstens wird die Regierung der Republik das gesamte koreanische Volk fest um sich zusammenschließen und es zum Kampf für die Vereinigung des Heimatlandes mobilisieren, wird sie alle Anstrengungen zur Verwirklichung des Vorschlags der Sowjetregierung über den gleichzeitigen Abzug der Truppen beider Länder, der UdSSR und USA, unternehmen, was die vorrangige Bedingung für die territoriale Integrität und die nationale Vereinigung ist.“<sup>49</sup>

Wegen dieser Absicht hatte Nordkorea im Dezember 1948 die sowjetischen Truppen aus Nordkorea abziehen lassen und damit die USA zum Abzug ihrer Truppen in Südkorea im Juni 1949 veranlasst.

Schon am 25. Juni 1949 gründete Nordkorea aufgrund der Mobilisierung der gesellschaftlichen Organisationen die „Demokratische Front für die Wiedervereinigung des Vaterlandes (DFUF)“, die aus 70 politischen Parteien und sozialen Organisationen bestand. Sie verkündete am 28. Juni den Plan für die friedliche Wiedervereinigung, der 9 Artikel beinhaltet. Das war das erste konkrete Wiedervereinigungskonzept, das von Nordkorea vorgelegt wurde. Es hat zum Hauptinhalt folgende Punkte:

- 1) Die friedliche Wiedervereinigung Koreas muss durch das koreanische Volk selbst verwirklicht werden;
- 2) USA-Truppen müssen sofort abgezogen werden und die UNO-Kommission in Korea muss unverzüglich Korea verlassen;
- 3) Die allgemeinen Wahlen sollten in ganz Korea abgehalten werden, um eine einheitliche oberste Legislatur zu bilden. Dieses legislative Organ nimmt die Verfassung der koreanischen Republik auf und bildet die Regierung auf der Basis dieser Verfassung;
- 4) Diese Wahlen sollen durch ein Komitee beaufsichtigt werden, das aus den Repräsentanten der demokratischen Parteien und öffentlichen Organisationen besteht;

---

<sup>49</sup> Ebd., S. 271.

- 5) Um die Wahlen tatsächlich frei abzuhalten, müssen alle Maßnahmen gegen die demokratischen Parteien und öffentlichen Organisationen in Südkorea aufgegeben werden;
- 6) Die Streitkräfte im Süden und im Norden müssen sich nach dem demokratischen Prinzip unter der Leitung der Regierung von der koreanischen Republik zusammenschließen.<sup>50</sup>

Mit seiner militärischen Bereitschaft zum Krieg versuchte Nordkorea, die südkoreanische Regierung durch eine Friedensoffensive zu bedrängen: Kurz Beginn des Korea-Kriegs am 19. Juni 1950 nahm das Präsidium der Obersten Volksversammlung eine Resolution für die nationale Wiedervereinigung auf und schlug sie der Nationalversammlung in Seoul vor: (1) die Vereinigung der Nationalversammlung in Seoul und Obersten Volksversammlung in Pjöngjang in einem legislativen Organ für ganz Korea; (2) die Aufnahme einer Verfassung durch das obengenannte legislative Organ und die Bildung einer einheitlichen Regierung; und (3) allgemeine Wahlen am 15. August 1950.<sup>51</sup>

Auf jeden Fall wurde bewiesen, dass das nichts als ein Täuschungsmanöver zum Zweck der Invasion war, indem Nordkorea unter dieser Friedensoffensive Südkorea am 25. Juni 1950 überfiel.

Nach dem Waffenstillstand hielt Nordkorea nach wie vor an seiner Grundeinstellung zum Aufbau der demokratischen Basis fest. Das war bei der Plenartagung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas am 3. November 1954 noch einmal bestätigt worden. Kim Il-Sung bekräftigte, dass „die Festigung der demokratischen Basis die entscheidende Garantie für die Vereinigung des Heimatlandes“ sei. Zur Festigung der demokratischen Basis brauche Nordkorea eine starke Partei und eine starke Macht sowie eine zuverlässige ökonomische Kraft. Nur wenn es genügende Macht habe, die Masse zur Veranlassung der Revolution im Süden zu mobilisieren, könne die Vereinigung verwirklicht werden. Die Festigung der demokratischen Basis und die Vereinigung des Heimatlandes seien demzufolge eng miteinander verbundene Aufgaben der

---

<sup>50</sup> Kim, Myung-Ki: a. a. O., S. 111; Lee, Won-Myong: a. a. O., S. 180-181.

<sup>51</sup> Chung, Chong-Shik / Kim, Hak-Joon (ed.): a. a. O., S. 20.

Revolution.<sup>52</sup> Von diesem Standpunkt aus befürwortete er die friedliche Wiedervereinigung Koreas.

Auf der Genfer Konferenz am 27. April 1954 schlug der nordkoreanische Außenminister Nam Il die Bildung einer „gesamtkoreanischen Kommission“ vor, die aus Vertretern der Nationalversammlung der Republik Korea und der Obersten Volksversammlung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (DPRK) bestehen sollte. Sie sollte ein Wahlgesetz durch diese Kommission vorbereiten und nach dem Wahlgesetz die gesamtkoreanischen Wahlen für eine gesamtkoreanische Nationalversammlung durchführen.

Auf der 6. Tagung der II. Legislaturperiode der Obersten Volksversammlung am 26. Oktober 1959 stellte der Vizeministerpräsident Nam Il den Wiedervereinigungsplan von 7 Punkten auf, der die friedliche Lösung der Koreafrage wie den Abzug der fremden Truppen, eine gemeinsame Erklärung zum Verzicht auf Gewaltanwendung, die Reduzierung der Streitkräfte in Süd und Nord auf Hunderttausend usw. betonte. Der Plan beinhaltete im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung die folgenden Punkte:

- 1) Freie Wahl für ganz Korea;
- 2) Bildung eines ständigen Komitees aus Vertretern der Parteien, Regierungen und Parlamente in Süd- und Nordkorea oder der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, um über die Wahl und die Wiedervereinigungsfrage zu beraten;
- 3) Gegenseitiger Verkehr und Korrespondenz zwischen Süd und Nord und gegenseitiger Austausch von Wirtschaft, Kultur, Kunst, Sport, usw.;
- 4) Bildung eines ständigen Komitees zur wirtschaftlichen Entwicklung und dem Austausch Süd- und Nordkoreas, die aus Vertretern der süd- und nordkoreanischen Wirtschaft bestehen soll.

Diese Vorschläge für die friedliche Wiedervereinigung wurden von Nordkorea in den 50er Jahren konsequent vertreten. Denn Nordkorea schien die Erhaltung des

---

<sup>52</sup> Kim, Il-Sung: a. a. O., S. 506-507.

Friedens für eine bestimmte Periode zum Wiederaufbau nach dem Krieg zu brauchen.<sup>53</sup>

### 3.2 „Föderation des Nordens und des Südens“ in den 60er Jahren

Die Hauptströmung der Wiedervereinigungspolitik Nordkoreas in den 60er Jahren kann durch das Argument vom föderativen System charakterisiert werden, das als „Föderative Republik Koryo“ in den 70er Jahren ergänzend vorgeschlagen und in den 80er Jahren mit dem neuen Namen „Demokratische Föderative Republik Koryo“ noch präziser und konkreter formuliert wurde.

Eine Föderation zwischen Nord- und Südkorea wurde in der Gedenkrede zum 15. Jahrestag der Befreiung Koreas am 14. August 1960 erstmals von Kim Il Sung vorgeschlagen: Zuerst befürwortete er „freie Gesamtwahlen im Norden und Süden“ für die friedliche Wiedervereinigung. Er sagte dann, wenn die südkoreanischen Behörden den freien Gesamtwahlen im Norden und Süden noch nicht zustimmen könnten, sollte eine Föderation des Nordens und des Südens als eine „Übergangsmaßnahme zur Lösung der vor der Nation stehenden dringlichen Frage“ eingeführt werden und schlug damit die Bildung eines „Obersten Nationalkomitees“ für ihre Durchführung vor:

„Als solch eine Maßnahme schlagen wir eine Konföderation des Nordens und des Südens vor. Die Konföderation, die wir meinen, sollte dadurch zustande kommen, indem ein Oberstes Nationalkomitee, das sich aus Vertretern der beiden Regierungen der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik und der Republik Korea zusammensetzt, gegründet und somit hauptsächlich die ökonomische und kulturelle Entwicklung Nord- und Südkoreas einheitlich koordiniert wird, wobei die heutigen politischen Systeme Nord- und Südkoreas vorläufig beibehalten und die voneinander unabhängigen Tätigkeiten der beiden Regierungen aufrechterhalten werden. (...)

Diese Konföderation wird keine einheitliche staatliche Leitung sichern können, denn sie ist keine einheitliche Koalitionsregierung, die alle Schichten und alle Kreise in sich verei-

---

<sup>53</sup> Education Center for Unification (Hrsg.): a. a. O., S. 115.

nigt. (...) Wenn die südkoreanische Behörde sogar unseren Vorschlag, eine Konföderation zu bilden, noch nicht annehmen kann, so ist es notwendig, wenigstens ein rein wirtschaftliches Komitee aus Vertretern der Geschäftskreise Nord- und Südkoreas zu organisieren und somit zwischen dem Norden und dem Süden Waren auszutauschen und beim Wirtschaftsaufbau zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu helfen. (...) Neben Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Norden und dem Süden muss auch der Kulturaustausch in starkem Maße verwirklicht und der Bevölkerung der freie Reiseverkehr gewährt werden.<sup>54</sup>

Auf ihrer 8. Plenartagung am 19. November 1960 bestätigte die Oberste Volksversammlung der DPRK den Vorschlag wieder und rief Südkorea zur Bildung eines Obersten Nationalkomitees noch einmal auf, das von den zahlenmäßig gleichen Vertretern aus den beiden koreanischen Teilstaaten zusammengesetzt werden sollte. Während des 4. Kongresses der Arbeitspartei Koreas im September 1961 befürwortete Kim die drei Prinzipien für die friedliche Wiedervereinigung – Unabhängigkeit, Frieden und Demokratie. Auf der 1. Tagung der Obersten Volksversammlung der III. Legislaturperiode am 23. Oktober 1962 bekräftigte Kim wiederum die Notwendigkeit des föderalen Systems. In einer gemeinsamen Sitzung des ständigen Komitees der Obersten Volksversammlung, der „Demokratischen Front für die nationale Wiedervereinigung“ und des „Komitees für friedliche nationale Wiedervereinigung“ im Dezember 1963 bestand er auf einer „Konferenz der süd- und nordkoreanischen Repräsentanten“, um die verschiedenen Probleme für die Einführung des föderalen Systems zu lösen.

Abgesehen von dem theoretischen Widerspruch der Konzeption, war und ist ein derartiges föderatives System, das sich aus den zwei heterogenen Systemen zusammensetzen soll, trotz der verschiedenen Typen des föderativen Systems in der Weltgeschichte nirgendwo vorhanden. Trotz der Irrealität dieses System schien Kim es hinsichtlich der damaligen Lage der koreanischen Halbinsel und der Veränderung der internationalen Situation auf der Grundlage der politischen Strategie und Taktik behauptet zu haben: Nach der Studentenrevolution vom 19. April 1960 fanden lebhafte Diskussionen über die Wiedervereinigungsfrage in der Öffentlichkeit in Südkorea statt, und damit wurden verschiedene Wiedervereinigungsvorschläge aufgestellt, wobei die friedliche Wieder-

---

<sup>54</sup> Kim, Il-Sung: Für die selbständige friedliche Vereinigung des Vaterlandes, Pjöngjang 1978, S. 85-86.

vereinigung immer im Vordergrund stand. Auf der einen Seite musste Nordkorea die Lage in Südkorea für sich ausnutzen und die Initiative über die Wiedervereinigungsfrage ergreifen, indem es seine Wiedervereinigungspolitik noch konkreter und präziser aufstellte und neu formulierte.

Auf der anderen Seite schien es das feindliche Image Nordkoreas in der internationalen Gesellschaft auslöschen zu wollen, indem es so tat, als ob sich Nordkorea um die friedliche Wiedervereinigung auf der koreanischen Halbinsel bemühen würde. Und damit wollte Nordkorea zeigen, Süd- und Nordkorea würden die gleichen Qualifikationen für ein staatliches Wesen haben.

### 3.3 „Föderative Republik Koryo“

Die Wiedervereinigungspolitik Nordkoreas in den 70er Jahren war durch die Konzeption „Föderative Republik Koryo“<sup>55</sup> gekennzeichnet, die auf dem föderativen System beruhte.

Indem Kim Il Sung durch ein Interview mit der japanischen Zeitung „Mainichi Shinbun“ am 17. September 1972 die Bildung einer Föderation zwischen dem Norden und dem Süden und ihre Notwendigkeit für die friedliche Wiedervereinigung auf der koreanischen Halbinsel nachdrücklich betonte, bestätigte er wiederum die von ihm vorgeschlagene Föderationskonzeption mit folgender Begründung: Mit der Föderation des Nordens und des Südens soll es darum gehen, ohne Veränderung der derzeitigen politischen Ordnung des Nordens und des Südens aus Vertretern der Regierung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik und der Regierung der Republik Korea die Oberste Nationalversammlung zu bilden und die zwischen dem Norden und dem Süden aufgeworfenen politischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Probleme zu lösen. Die beiden Seiten sollten einander ihre Gesellschaftsordnung nicht aufzwingen. Wenn mit so einer Föderation ein breiter Austausch sowie Zusammenarbeit zwischen

---

<sup>55</sup> Nordkoreaner verwenden die Begriffe „Konföderation“ und „Föderation“ nebeneinander, indem sie „confederation“ oder „Konföderation“ in englischen oder deutschen Texte und „Younbang (Föderation)“ in koreanischen Texten beschreiben, obwohl sie die beiden Begriffe „Konföderation“ (im Sinne von Staatenbund) und „Föderation“ (im Sinne von Bundesstaat) in ihrem „Politischen Wörterbuch“ ausdrücklich unterscheiden. Hierzu siehe Politische Wörterbuch, Pjöngjang 1973, S. 313.



den beiden Seiten auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Kultur und anderen verwirklicht werden, werden das Misstrauen und das Gefühl der Entfremdung zwischen dem Norden und dem Süden beseitigt, und damit eine Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens geschaffen. Auf so einer Basis nationalen Zusammenschlusses soll es endlich möglich werden, eine gesamt-koreanische einheitliche Regierung über Gesamtwahlen im Norden und im Süden ohne jede Einmischung fremder Kräfte und auf demokratischer Grundlage zu bilden.<sup>56</sup>

Aber am 23. Juni 1973 – genau 10 Stunden nach der Verkündung der südkoreanischen „Sondererklärung für Frieden und Wiedervereinigung“<sup>57</sup> – präsentierte Kim in einer Begrüßungsrede für den Nordkoreabesuch des Generalsekretärs der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, Husak, den „Fünf-Punkte-Kurs für die Vereinigung des Vaterlandes“, der die neue Föderationskonzeption „Föderative Republik Koryo“ formulierte. Der Fünf-Punkte-Kurs für die Vereinigung des Vaterlandes hat zum Inhalt:

- (1) Die Beseitigung der militärischen Konfrontation und die Linderung der Spannung zwischen dem Norden und dem Süden;
- (2) Die Realisierung vielseitiger Zusammenarbeit und vielseitigen Austausches zwischen dem Norden und dem Süden;
- (3) Die Einberufung einer großen nationalen Versammlung aus Vertretern der verschiedensten Bevölkerungsschichten, der politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen des Nordens und des Südens;
- (4) Die Schaffung der Föderation des Nordens und des Südens unter dem einheitlichen Staatsnamen „Föderative Republik Koryo“;
- (5) Der Eintritt in die UNO unter diesem einheitlichen Staatsnamen „Föderative Republik Koryo“.<sup>58</sup>

---

<sup>56</sup> Kim, Il Sung: Ausgewählte Werke IV, Pjöngjang 1978, S. 309ff.

<sup>57</sup> Am Vormittag desselben Tages schlug der damalige Präsident Südkoreas, Park Chung Hee, Nordkorea durch die Deklaration der „Special Foreign Policy for Peace and Unification“ die Koexistenz zwischen Nordkorea und Südkorea und den gemeinsamen Eintritt beider Länder in die UNO vor.

<sup>58</sup> Ministerium für Nationale Wiedervereinigung der Republik Korea (Hrsg.): nambukhan tongil jeui jaryo chongram I (Matreialsammlung I über die Wiedervereinigungsvorschlägen Süd- und Nordkoreas), Seoul 1985, S. 1356-1360.

Im Vergleich zur Konzeption „Föderation des Nordens und des Südens“ in den 60er Jahren unterschied sich die Konzeption „Föderative Republik Koryo“ durch die folgenden Punkte: Die „Föderative Republik Koryo“ stellte erstens die Lösung der politischen und militärischen Frage in den Vordergrund, während die frühere Föderationskonzeption den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch betonte. Zweitens stellte die „Föderative Republik Koryo“ nicht nur durch die Zusammenarbeit und den Austausch über die politische und militärische Frage, sondern auch dadurch, die auswärtigen Beziehungen unter dem einheitlichen Staatsnamen zu vereinheitlichen, mehr als den typischen Charakter der Föderation dar. D.h., während die Föderationskonzeption in den 60er Jahren einen konföderativen Charakter hatte, zeigte die Föderationskonzeption in den 70er Jahren mehr föderale Merkmale. Drittens hatte sich die „Föderation des Nordens und des Südens“ mit der relativen Überlegenheit nationaler Kraft gegenüber Südkorea auf der Basis der funktionalistischen Integrationstheorie entwickelt, aber infolge der Veränderung der internationalen Lage und der Wendung nationaler Kräfte zwischen Nordkorea und Südkorea in den 70er Jahren wurde die „Föderative Republik Koryo“ durch das föderalistische Integrationskonzept charakterisiert.

#### 3.4 „Demokratische Föderative Republik Koryo“

Auf dem 6. Parteitag am 10. Oktober 1980 stellte Nordkorea durch den Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Partei einen Plan zur Gründung einer „Demokratischen Föderativen Republik Koryo (DFRK)“ vor, der seine bisherigen Wiedervereinigungsvorschläge und -konzepte wieder präzisierete und konkretisierte.<sup>59</sup>

Der Vorschlag war durch folgende drei Teile abweichend: Die Vorbedingung für die selbständige friedliche Wiedervereinigung, Grundprinzip der Bildung der DFRK und des 10-Punkte-Programmes, das von der DFRK zu verwirklichen ist.

Als Vorbedingung stellte Nordkorea zuerst die südkoreanische Regierung in Frage und forderte damit die Ablösung der militärisch-faschistischen Regierung und die Demokratisierung der Gesellschaft in Südkorea. Außerdem betonte Nordkorea die Verminderung

---

<sup>59</sup> Vgl. Lee, Won-Myoung: a. a. O., S. 197.

der Spannung und die Beseitigung des Kriegsrisikos zwischen dem Norden und dem Süden. Dazu behauptete Nordkorea folgendes:

- (1) Abschaffung des Anti-Kommunisten-Gesetzes und des Gesetzes für Nationale Sicherheit und Demokratisierung der Gesellschaft in Südkorea;
- (2) Legalisierung aller politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen sowie Gewährleistung der Freiheit der politischen Tätigkeit für die verschiedenen Parteien, Gruppierungen und Persönlichkeiten der Öffentlichkeit;
- (3) Freilassung aller demokratischen und patriotischen Persönlichkeiten;
- (4) Ablösung der militärisch-faschistischen Regierung in Südkorea durch eine demokratische Regierung;
- (5) Ablösung des gegenwärtigen Waffenstillstandsabkommens durch ein Friedensabkommen mit den USA;
- (6) Abzug amerikanischer Truppen aus Südkorea;
- (7) Beendigung der Inszenierung von „zwei Korea“ durch die USA;
- (8) Beendigung der Einmischung der USA in die Angelegenheiten Südkoreas.

Die DFRK stellte nicht mehr eine Übergangslösung bis zur Verwirklichung der Wiedervereinigung, sondern eine endgültige Regierungsform für ein vereintes Korea dar. Diese Föderationskonzeption zeigte sogar das konkrete Verfahren bis zur Föderation: Die föderative Regierung ist für die Landesverteidigung und Außenpolitik zuständig, während die regionalen Autonomieregierungen im Norden und im Süden nur die inneren Angelegenheiten übernehmen. Sie war seitdem die Grundlage nordkoreanischer Wiedervereinigungskonzeptionen. Das Grundprinzip zur Bildung einer DFRK und ihre Aufgabe sind wie folgt:

„Unsere Partei hält es für einen realen und vernünftigen Weg zur Vereinigung der Heimat entsprechend dem Prinzip – Souveränität, Frieden und großer nationaler Zusammenschluss, dass Nord und Süd die in diesen Teilen bestehenden Ideen und Ordnungen beibehalten und zusammen einen konföderativen Staat schaffen.(...) Unsere Partei besteht darauf, eine konföderative Republik zu schaffen und auf diese Weise die Heimat zu vereinigen, wobei Nord und Süd auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung und Billigung der beiderseitigen Ideen und Ordnungen eine nationale einheitliche Regierung

schaffen, in der sie gleichberechtigt mitwirken und unter deren Leitung sie mit jeweils gleichen Befugnissen und Pflichten regionale Selbstverwaltungen ausüben sollten.

In dem einheitlichen Staat in Form einer Konföderation wird es zweckmäßig sein, eine oberste nationale konföderative Versammlung zu bilden, die sich aus zahlenmäßig gleichen Vertretern von Nord und Süd und den Vertretern der Landsleute im Ausland in angemessener Anzahl zusammensetzt, und bei dieser Versammlung ein konföderatives Präsidium zu schaffen, das die regionalen Regierungen in Nord und Süd anleitet und die gesamte Tätigkeit des konföderativen Staates verwaltet.

Die Aufgabe der obersten nationalen konföderativen Versammlung und des konföderativen Präsidiums als deren ständige Organisation wird darin bestehen, als einheitliche Regierung des konföderativen Staates entsprechend dem Wunsch der ganzen Nation nach Zusammenschluss, Zusammenarbeit und Vereinigung und ausgehend vom unparteiischen Prinzip politische Fragen, Fragen der Landesverteidigung und der auswärtigen Beziehungen wie auch andere allgemeine Fragen, die die Interessen des Landes und der Nation als Ganzes berühren, zu erörtern und entsprechende Beschlüsse zu fassen, die Tätigkeit im Interesse der einheitlichen Entwicklung des Landes und der Nation zu entfalten und in allen Bereichen den Zusammenschluss und die Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd zu realisieren. Die einheitliche Regierung des konföderativen Staates sollte die Gesellschaftsordnungen in Nord und Süd, den Willen der Verwaltungsorganisationen, der verschiedenen Parteien, Gruppierungen und Schichten der Bevölkerung respektieren und dafür sorgen, dass keine der beiden Seiten dem anderen Partner ihren Willen aufzwingt. Die regionalen Regierungen in Nord und Süd sollten unter Leitung der konföderativen Regierung und in Übereinstimmung mit den Grundinteressen und den Forderungen der ganzen Nation eine eigenständige Politik betreiben und Anstrengungen unternehmen, um in allen Bereichen die Unterschiede zwischen Nord und Süd zu verringern und eine einheitliche Entwicklung des Landes und der Nation zu gewährleisten.<sup>60</sup>

In Bezug auf den Grundsatz zur Durchführung der Föderation sollten Süd und Nord den Vorsitzenden der Obersten Nationalen föderativen Versammlung als das Parlament und den Präsidenten des föderativen Präsidiums als die einheitliche Regierung des föderativen Staates im Turnus stellen.<sup>61</sup> Der föderative Staat soll „Demokratische Föderative Republik Koryo“ genannt werden und ein neutraler Staat werden, der weder irgendei-

---

<sup>60</sup> Kim, Il Sung: Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas an den VI. Parteitag, Pjöngjang 1980, S. 85-86; Jung, Yong-Suk; bundankuk tongil gua nambuk tongil (Die Wiedervereinigung der geteilten Länder und Süd-Nord-Wiedervereinigung), Seoul 1992, S. 394-395.

<sup>61</sup> Dazu siehe die Rede Kim Il-Sungs auf der Festveranstaltung zum 35. Jahrestag der Gründung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik“, in: Rodong Sinmun, 10. Nov. 1983.

nem politischen oder militärischen Bündnis noch einem Pakt angehören soll.

Diese Föderationskonzeption betonte die einheitliche Entwicklung des Landes und der Nation und den Zusammenschluss und die Zusammenarbeit in allen Bereichen zwischen dem Norden und dem Süden und stellte gleichzeitig das 10-Punkte-Programm vor, das von der DFRK durchzuführen sein sollte. Es lautet:

- (1) Es ist die Aufgabe der DFRK, sich in allen Bereichen der staatlichen Tätigkeit konsequent die Souveränität zu bewahren und eine entsprechende Politik zu betreiben;
- (2) Die DFRK muss im ganzen Land und in allen Bereichen der Gesellschaft Demokratie verwirklichen und den großen nationalen Zusammenschluss erreichen;
- (3) Die DFRK muss die Zusammenarbeit und den Austausch auf ökonomischem Gebiet zwischen Nord und Süd realisieren und die selbständige Entwicklung der Nationalwirtschaft garantieren;
- (4) Die DFRK ist verpflichtet, den Austausch und die Zusammenarbeit von Nord und Süd in Wissenschaft, Kultur und Bildung zu verwirklichen und eine einheitliche Entwicklung von Wissenschaft, Technik, nationaler Kultur, Kunst und Bildung des Landes zu sichern;
- (5) Die Aufgabe der DFRK besteht darin, die unterbrochenen Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen von Nord und Süd wiederherzustellen und im ganzen Land die freie Nutzung dieser Mittel zu sichern;
- (6) Die DFRK hat den werktätigen Massen, darunter den Arbeitern und Bauern, und der gesamten Bevölkerung ein gesichertes Leben zu gewähren und ihr allgemeines Wohl systematisch zu verbessern;
- (7) Die DFRK hat die militärische Konfrontation zwischen dem Norden und Süden zu beseitigen, eine nationale Koalitionsarmee zu bilden und unsere Nation vor ausländischen Aggressionen zu verteidigen;
- (8) Die DFRK sollte die nationalen Rechte und Interessen aller im Ausland lebenden Koreaner verfechten und schützen;
- (9) Die DFRK hat die Fragen in den Außenbeziehungen, die Nord und Süd vor der Vereinigung mit anderen Ländern aufgenommen haben, auf richtige Weise zu

klären und die auswärtige Tätigkeit der beiden regionalen Regierungen einheitlich zu regeln;

- (10) Die DFRK hat als einheitlicher Staat, der die ganze Nation vertritt, freundschaftliche Beziehungen mit allen Ländern zu entwickeln und eine Friedenspolitik zu betreiben.<sup>62</sup>

Die DFRK hat folgende charakteristische Kennzeichen: Sie maximiert erstens den propagandistischen Effekt unter Beifügung des Begriffs „Demokratie“. Zweitens zeigt sie einen föderativen Staat in der endgültigen Form der Wiedervereinigung, indem sie die Begriffe „Übergangsmaßnahme“ oder „vorläufig“ nicht verwendet. Drittens legt sie Vorbedingungen vor, die fast die Existenz der südkoreanischen Regierung leugnen. Viertens unterbreitet sie das 10-Punkte-Programm wie eine psychologische Taktik.<sup>63</sup>

In Hinsicht auf die Problematik der DFRK werden einige Punkte in Frage gestellt:

Erstens kann man die „Vorbedingung für die selbständige und friedliche Wiedervereinigung“ erwähnen. Nordkorea behauptet nachdrücklich in der DFRK die „gegenseitige Anerkennung und Billigung der beiderseitigen Idee und Ordnung“. Aber durch die Vorbedingungen zwingt es einseitig Südkorea zur Änderung seiner Gesellschaftsordnung. Das ist ein Widerspruch in sich. Zweitens wird die Frage gestellt, ob eine Föderation mit zwei gegensätzlichen politischen Systemen überhaupt realisiert werden kann, auch wenn diese Konzeption die Verwirklichung einer Föderation auf der Grundlage betont, dass der Norden und der Süden die anderen Ideologien und Gesellschaftssysteme gegenseitig anerkennen und tolerieren. Drittens wird die Regierungsform nicht zureichend definiert, da Nordkorea die zwei verschiedenen Begriffe „Föderation“ und „Konföderation“ nebeneinander verwendet. Nordkorea benutzt den Begriff „Föderation“ im Sinne eines Bundesstaates nach innen - in den koreanischen Texten - und den Begriff „Konföderation“ im Sinne eines Staatsbundes nach außen - in den deutschen und englischen Texten. Viertens beharrt Nordkorea einseitig auf den Staatsnamen, die Staatsform und der außenpolitische Linie usw. Fünftens ist es eine unbestrittene Tatsache, dass die beiden Staaten bereits vor der friedlichen Wiedervereinigung vertrauensvoll aufeinander zugehen müssten, doch fehlt es jeglicher Hinweis auf Zusammenarbeit und Austausch zwischen Süd und Nord vor der Bildung eines Föderationsstaats. Zum letzten gibt es

---

<sup>62</sup> Kim, Il Sung: a. a. O., S. 87-98; Jung, Yong-Suk: a. a. O., S. 396-403.

<sup>63</sup> Education Center for Unification (Hrsg.): a. a. O., S. 121-122.

keine Erklärung über das der Bildung einer Föderation entsprechende konkrete Verfahren wie die Föderationsverfassung usw.

Abb. 1: Unterschied zwischen den Konzepten des föderalen Systems in den 60-70er und 80er Jahren

	Demokratische Föderative Republik Koryo	Die früheren Konzepte des föderalen Systems
System	System eines föderalen Staats als eine vollkommene Wiedervereinigung.	Ein Übergangssystem zu Wiedervereinigung.
Bildung	1. Bildung einer obersten nationalen föderativen Versammlung aus zahlenmäßig gleichen Vertretern von Nord und Süd und den Vertretern der Landsleute im Ausland. 2. Bildung der Autonomieregierungen in Süd und Nord.	Selbständige Tätigkeit der süd- und nordkoreanischen Regierungen und Bildung eines obersten Nationalkomitees aus Vertretern der beiden Regierungen.
Funktion	1. Die oberste nationale föderative Versammlung und das föderative Präsidium führen die Funktion der einheitlichen Regierung. 2. Es vertritt nach außen hin einen einheitlichen Staat. 3. Es leitet inländisch die regionalen Regierungen an. 4. Es führt die Funktion des föderalen Staates aus.	1. Es koordiniert die ökonomische und kulturelle Entwicklung einheitlich. 2. Es realisiert die vielseitige Zusammenarbeit und den Austausch zwischen Süd und Nord. 3. Eintritt in die UNO unter einheitlichem Staatsnamen.
Ziel	Die direkte Verwirklichung der nationalen Wiedervereinigung.	Eine Übergangsphase zur vollkommenen Wiedervereinigung.

Im Hintergrund des Vorschlags zur DFRK liegt die nordkoreanische Erkenntnis, dass angesichts der Verstärkung militärischer Kraft und der politischen Stabilität in Südkorea die Wiedervereinigung aus nordkoreanischer Initiative schwer sei. Schon in den 70er Jahre überholte die Wirtschaftskraft Südkoreas die Wirtschaftskraft Nordkoreas. Seither ist der wirtschaftliche Unterschied zwischen Süd und Nord immer größer geworden. Damit geriet die nordkoreanische Politik immer weiter in die Defensive. Daher schlug Nordkorea die Konzeption in der Form eines reinen Föderationssystems vor, in dem die beiden ungleichen Seiten relativ gleichberechtigt koexistieren können. Es wird durch die folgende Behauptung Kim Il Sung's deutlich, dass „Nord und Süd auf der Grundlage

der gegenseitigen Anerkennung und Billigung der beiderseitigen Ideen und Ordnungen eine nationale einheitliche Regierung schaffen, in der sie gleichberechtigt mitwirken. (...)<sup>64</sup>

Im Jahr 1990 bekräftigte Kim erneut die Bildung der DFRK und bestand darauf, eine oberste nationale konföderative Versammlung zu bilden, die sich aus zahlenmäßig gleichen Vertretern von Nord und Süd zusammensetzt. Ein konföderatives Präsidium als deren ständiges Organ sei zu schaffen und unter dessen Leitung seien die regionalen Autonomieregierungen im Norden und im Süden zu bilden.<sup>65</sup>

### 3.5 „Eine Nation, ein Staat, zwei Systeme und zwei Regierungen“

Mit dem Beginn der 90er Jahre ließ die nordkoreanische Föderationskonzeption einige Veränderungen bemerken.

Bei der Neujahrsrede im Jahr 1991 stellte Kim Il Sung die Föderationskonzeption auf, die auf einer Nation, einem Staat, zwei Systemen und zwei Regierungen basieren sollte.<sup>66</sup> Ausgehend von dem Anhaltspunkt, dass zwei verschiedene Systeme und Regierungen in einem Nationalstaat nebeneinander existieren könnten, formulierte er, dass auf der Basis der nationalen Gemeinsamkeit zwei Systeme in einer Nation und einem einheitlichen Staat koexistieren können. Seiner Auffassung nach sei eine Wiedervereinigung zu einem Staat und einem System in Hinsicht auf die Realität Koreas sehr problematisch. Folglich wäre es eine gute Alternative, einen föderativen Staat auf der Grundlage von einem Staat, zwei Systemen und zwei Regierungen zu bilden, ohne dass eine Seite die andere absorbiert oder von der anderen absorbiert wird. Er warnte vor solcher einer Wiedervereinigung durch die Absorption einer Seite wie die deutsche Einheit. Folglich sollte man den kommenden Generationen die Systemvereinigung überlassen und sich in der Gegenwart darauf konzentrieren, dass die zwei unterschiedlichen Systeme auf der Grundlage einer nationalen Gemeinsamkeit in einer Nation und in einem einheitlichen Staat friedlich koexistieren.

---

<sup>64</sup> Kim, Il Sung: a. a. O., S. 85.

<sup>65</sup> Siehe die Rede vor den Vertretern der pannationalen Versammlung am 18. Aug. 1990, in: Kim, Il Sung: Kim Il-Sung jeonjib 43 (Ausgewählte Werke 43), Pjöngjang 1996.

<sup>66</sup> Dazu siehe die Neujahrsrede Kim Il Sung's, in: Rodong Sinmun vom 1.1. 1991.



Zusammengefasst ist die derzeitige Wiedervereinigungskonzeption Nordkoreas, die Wiedervereinigung durch die Gründung einer DFRK auf der Grundlage von einer Nation, einem Staat, zwei Systemen und zwei Regierungen zu erreichen. Sie wird im Folgenden ausführlich dargelegt: Erstens: Sie sieht als die Form des vereinten Staates einen Bundesstaat auf der Grundlage von einer Nation, einem Staat, zwei Systeme und zwei Regierungen vor, in dem die zwei Regionalregierungen des Südens und des Nordens gleichberechtigt mitwirken sollen und steht auf dem Standpunkt, die Systemvereinigung den kommenden Generationen anzuvertrauen. Auch definiert sie den Charakter des vereinten Staates als ein selbständiger, friedlicher und blockfreier Staat. Zweitens: Nordkorea besteht in bezug auf den Wiedervereinigungsprozess immer noch auf die Vorbedingungen zur Verwirklichung der Föderation. In seinem „10-Punkte-Programm zum großen nationalen Zusammenschluss für die selbständige friedliche Vereinigung des Vaterlandes“<sup>67</sup> legte es Südkorea die Vorbedingungen auf, die sich durch die folgenden 4 Punkte zusammenfassen: (1) die Aufgabe der auf eine fremde Macht angewiesenen Politik; (2) die Äußerung des Willens zum Abzug der amerikanischen Armee in Südkorea; (3) die Einstellung gemeinsamer militärischer Übungen mit den ausländischen Truppen; (4) das Austreten aus dem amerikanischen nuklearen Schutzbereich. Drittens: Nordkorea interpretiert bezüglich des Wiedervereinigungsprinzips willkürlich nach eigenem Interesse die „drei Prinzipien der Wiedervereinigung“ aus dem gemeinsamen Communiqué vom 4. Juli 1972, indem es beispielsweise das Prinzip der Souveränität als den

---

<sup>67</sup> Das 10-Punkte-Programm für den großen nationalen Zusammenschluss, das durch die Rede Kim Il Sung auf der 5. Tagung der Obersten Volksversammlung der IX. Legislaturperiode (vom 7.-9. April 1993) vorgelegt wurde, hat den folgenden Inhalt:

- A unified state, independent, peaceful and neutral, should be founded through the great unity of the whole nation; Unity should be based on patriotism and the spirit of national independence;
- Unity should be achieved on principle or promoting co-existence, co-prosperity and common interest and subordinating everything to the cause of national reunification;
- All manner of political disputes that foment division and confrontation between the fellow countrymen should be stopped and unity be achieved;
- They should dispel fears of invasion from the south and from the north, prevail over communism and communization altogether and believe in and unite with each other;
- They should set store by democracy and join hands on the road to national reunification, not rejecting each other for the difference in isms and principles;
- They should protect material and spiritual wealth of individual persons and organizations and encourage them to be used favorably for the promotion of great national unity;
- The whole nation should understand trust and unite with one another through contacts, travels and dialogues;
- The whole nation in the north and the south and overseas should strengthen solidarity with one another on the way to national reunification;
- Those who have contributed to the great unity of the nation and to the cause of national reunification should be highly estimated.

Gesichtspunkt vom Ausschluss der fremden Macht auffasst. Viertens: Nordkorea besteht nur auf der Bildung einer obersten nationalen föderativen Versammlung und eines föderativen Präsidium, ohne den Wiedervereinigungsprozess wie die Übergangseinrichtungen und die Verfahrensweise zur Gründung eines einheitlichen Staates usw. hinreichend auszuführen.<sup>68</sup>

### 3.6 „loose form of federation“

Die Konzeption „loose form of federation“ wurde erstmals durch die „Gemeinsame Erklärung vom 15. Juni“<sup>69</sup> vorgestellt, wobei sich die beiden Seiten darüber einigten, dass die nordkoreanische Konzeption „loose form of federation“ und die südkoreanische Konzeption, die „Süd-Nord-Konföderation“, gemeinsame Elemente haben. Nach dem Gipfeltreffen machte Nordkorea öffentlich bekannt, dass die „Föderation in loser Form“ ein Konzept darstelle, das die bestehende Funktion und Kompetenz der Regierungen im Süden und Norden wie die politische, militärische und außenpolitische Angelegenheit, usw. beibehalten und damit eine nationale einheitliche Organisation gebildet werden sollte.<sup>70</sup> D.h., dass die bestehenden süd- und nordkoreanischen Regierungen als die regionale Regierung die Zuständigkeit für Innenpolitik, Landesverteidigung und Außenpolitik weiter aufrechterhalten und die Zentralregierung der Demokratischen Föderativen Republik Koryo eine symbolische Rolle der friedlichen Koexistenz zwischen dem Süden und dem Norden ausführen soll. Daraus folgt, dass Nordkorea die „Föderation in loser Form“ mit der DFRK identifiziert.

Das Konzept geht auf die Neujahrsrede Kim Il Sung's im Jahr 1991 zurück. Dabei deutete Kim an, dass die Wiedervereinigung durch das föderative System nach und nach zustande kommen könnte, in die Richtung, vorläufig den regionalen Autonomieregierungen der föderativen Republik mehr Kompetenz zu verleihen und zukünftig die Funktion der Zentralregierung mehr und mehr zu verstärken, um leichter zu einer nationalen Ü-

---

<sup>68</sup> Education Center for Unification (Hrsg.): a. a. O., S. 123-124.

<sup>69</sup> Am 15. Juni 2000 veröffentlichen die beiden Staatschefs, Kim Dae-Jung und Kim Jung-Il, nach dem historischen Gipfeltreffen eine gemeinsame Erklärung, die 5 Punkte zum Inhalt hat. Vgl. die Rede von Ahn Kyung-Ho, der Hauptsekretär des Komitees für die friedliche Vereinigung des Vaterlandes zum 20. Jahrestag des Vorschlages der Demokratischen Konföderativen Republik Koryo, in: Chosun-Zentral-Rundfunk am 6. Oktober 2000; Rodong Sinmun vom 15. Dezember 2000.

bereinstimmung über die Gründung der föderativen Republik zu gelangen, was Nordkorea als eine „Föderation in loser Form“ auffasst. Aber die Bildung und Rolle der nationalen einheitlichen Organisation blieben bis jetzt noch unerwähnt.

#### **4 „3-Principles and 3-Stages Unification Formula“ Kim Dae-Jungs**

Kim Dae-Jung betonte schon in den 60er Jahren die Schaffung einer für die Wiedervereinigung völlig verantwortlichen Einrichtung und den Verzicht auf die Hallstein-Doktrin und in den 70er Jahren die gegenseitige Anerkennung und die gemeinsame UNO-Mitgliedschaft der beiden koreanischen Teilstaaten.

Seit Kim als damaliger Präsidentschaftskandidat bei der Wahlkampagne im März 1971 seine Vorstellungen über die friedliche Wiedervereinigung erläuterte, bemühte er sich darum, ein konkretes und systematisches Wiedervereinigungskonzeption zu entwickeln und zu formulieren. Nach der Wahlniederlage stellte er erstmals seine eigene Wiedervereinigungskonzeption in Tokyo im Februar 1972 vor und erklärte die „3-Stufen-Wiedervereinigungskonzeption“ im ausländischen Journalistenklub in Seoul im Juni desselben Jahres. Im Mittelpunkt dieser Konzeption stand ein dreistufiges Verfahren bis zur Wiedervereinigung: friedliche Koexistenz, Erweiterung des friedlichen Austausches und friedliche Wiedervereinigung.

Das markanteste Element seiner Wiedervereinigungskonzeption in den 80er Jahren war die „Republik-Föderation“. Kim machte zwar diese Konzeption „Republik-Föderation“ am 15. August 1987 bekannt, aber er musste es bald vorübergehend zurücknehmen, weil die Konzeption aufgrund der Ähnlichkeit ihres Namens mit der nordkoreanischen Konzeption von den damaligen südkoreanischen Regierung und der Regierungspartei mit ideologischen Vorurteilen heftig angegriffen wurde.<sup>71</sup> Aber im April 1991 stellte er diese Konzeption mit dem neuen Namen „Republik-Konföderation“ wieder her. Die „Republik-Konföderation“ stellte seine konkreten Vorstellungen über die Phasen zur

---

<sup>71</sup> Kim war lange Zeit der Oppositionsführer und gleichzeitig der politische Gegner des Diktaturregimes in Südkorea. Aus diesem Grund versuchten die Diktaturregimes unermüdlich, ihm mit ideologischem Verdacht politischen Schaden zuzufügen und dadurch seine politische Tätigkeit zu verhindern. Sein Wiedervereinigungskonzept „Republik-Föderation“ war zweifellos das aufgrund der Ähnlichkeit des Namens mit der nordkoreanischen Wiedervereinigungskonzeption „Demokratische Föderative Republik Koryo“ ein guter Gegenstand ihres Angriffs.

friedlichen Wiedervereinigung als die dritte Stufe seiner in den 70er Jahren gestalteten 3-Stufen-Wiedervereinigungskonzeption dar und wurde ein theoretischer Grund für die Konzeption „Nord-Süd-Konföderation“<sup>72</sup>, das im Mittelpunkt der bisherigen offiziellen Wiedervereinigungskonzeption Südkoreas steht. Die damalige Roh-Regierung hat sich darum bemüht, eine Wiedervereinigungskonzeption gegenüber der Föderationsformel Nordkoreas zu entwerfen und das „Koreanische Commonwealth“ formuliert, das inhaltlich einen ähnlichen Charakter wie die „Republik-Föderation“ Kims hat.

Mit den weltgeschichtlichen Ereignissen wie der deutschen Einheit und dem Ende des Kalten Krieges erklärte Kim im April 1991 wiederum eine Wiedervereinigungskonzeption, die seine bisherige Wiedervereinigungskonzeption ersetzt und konkretisiert. Die „3-Prinzipien und 3-Stufen-Wiedervereinigungskonzeption“ hat folgende Inhalte.

a) Grundphilosophie für die Wiedervereinigung<sup>73</sup>

Mit drei Prinzipien zur Wiedervereinigung stellte Kim Dae-Jung „*Open Nationalism*“, „*Positive Peace*“ und „*Global Democracy*“ als gedankliche Basis für die Wiedervereinigung auf.<sup>74</sup> Seine drei Prinzipien beruhen auf dieser Grundphilosophie für die Wiedervereinigung. Die drei Prinzipien und diese drei Grundideen für Wiedervereinigung verstärken die Universalität seiner Wiedervereinigungsvorstellung und zeigen die Richtung der Wiedervereinigungspolitik auf.

i) „Open Nationalism“

Nach der Ansicht Kim Dae-Jungs soll der Nationalismus die ideologische Grundlage der Wiedervereinigung und ein Motiv sein, das der Wiedervereinigung Vorschub leisten soll. Und die Vereinigung in Korea soll den Wiederzusammenschluss der Nation bedeuten und gleichzeitig die Gründung eines ersten modernen Nationalstaates darstellen. Aber andererseits warnt er vor dem geschlossenen Nationalismus, der sich durch den nationalen Egoismus oder den exklusiven Nationalismus wie im Fall des Nationalismus

---

<sup>72</sup> In dieser Dissertation wird grundsätzlich der Begriff „Konföderation“ im Sinn eines Staatenbunds und „Föderation“ im Sinn eines Bundesstaates benutzt.

<sup>73</sup> The Association of North-East Asia Peace Studies (Hrsg.): *haetbit jeongchek* (Die Sonnenscheinpolitik), Seoul 1999, S. 39-44.

<sup>74</sup> The Kim Dae-Jung Peace Foundation for the Asia Pacific Region (Hrsg.): *samdangye tongil bangan* (Die 3-Stufen-Wiedervereinigungskonzeption Kim Dae-Jungs), Seoul 1995, S.31-34.

der Dritten Welt offenbart. Er schließt den nationalen Egoismus völlig aus, der für die eigene Nation die anderen Nationen unterdrückt und ausbeutet, und betont den offenen Nationalismus, der mit dem Internationalismus und der Demokratie Seite an Seite gehen soll. Von diesem Standpunkt des offenen Nationalismus aus sollte man die nordkoreanische Gesellschaft erkennen und auf dieser Grundlage die Richtung der Wiedervereinigung anvisieren.

ii) „Positive Peace“

Mit „Positive Peace“ soll mehr ausgedrückt werden als die Bemühung, Krieg zu vermeiden. Der Begriff soll wörtlich verstanden werden als aktiver Einsatz für die Schaffung von Frieden. Dafür stellt Kim den politischen Plan zum konkreteren institutionellen Mechanismus auf, um Hindernisse zu beseitigen, die das Friedenssystem auf der koreanischen Halbinsel und in Nordostasien bedrohen können. Im einzelnen geht er auf gegenseitigen Vertrauensaufbau durch Rüstungskontrolle, die Umwandlung des Waffenstillstandsabkommens in ein Friedensabkommen, die Aufnahme einer Nichtangriffserklärung und die Festlegung der beiderseitigen Abrüstung und eines Multisicherheitssystems in Nordostasien ein. Zugleich sollen auch die Entwicklung von „Vierergesprächen“<sup>75</sup>, die Kooperation von Korea, USA und Japan und die Bemühungen um die Verbesserung der Beziehungen zu China und Russland usw. eine wichtige Rolle für die Befestigung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel spielen. Schließlich soll seine Engagementpolitik gegenüber Nordkorea, die das System des Kalten Krieges auf der koreanischen Halbinsel durch die Entspannung mit Nordkorea und die Beziehungen der gegenseitigen Aussöhnung und der Zusammenarbeit auflösen will, „Positive Peace“ darstellen.

iii) „Global Democracy“

Unter der Voraussetzung, dass Demokratie und Wiedervereinigung die beiden Seiten der Münze seien, hat Kim Dae-Jung früher „erst Demokratie, dann Wiedervereinigung“

---

<sup>75</sup> Am 16. April 1996 haben der südkoreanische Präsident Kim Young-Sam und der amerikanische Präsident Bill Clinton in Jejudo, die größte Insel Koreas, die Gipfelkonferenz abgehalten und schlugen gemeinsam für die Festigung des dauerhaften Friedens auf der koreanischen Halbinsel ein „4-Gespräch“ (a four-way talks) vor, an dem Südkorea, Nordkorea, USA und China teilnehmen soll.

betont. Aber diese Abfolge soll nicht die Reihenfolge der Wichtigkeit, sondern die Verfahrensweise bedeuten. Kim unterstreicht die Demokratie auf der internationalen Ebene als einen universalen Begriff. Folglich soll „Globale Demokratie“ heißen, dass Freiheit und Gerechtigkeit in jedem Staat verwirklicht werden und die Nationen der Dritten Welt genau so wie in den fortgeschrittenen Ländern Freiheit, Wohlstand und Gerechtigkeit genießen sollten.

b) 3-Prinzipien<sup>76</sup>

i) Selbständigkeit

Das Prinzip der Selbständigkeit postuliert, dass alle Angelegenheiten der Nation einschließlich der Wiedervereinigung, unabhängig von fremden Kräften, auf der Basis von nationaler Selbstbestimmung gelöst werden müssen. Das bedeutet, die Kooperation mit den Nachbarländern und ihre Garantie soll zwar notwendig sein, aber die selbständige Bemühung der beiden Parteien für die friedliche Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel sei wichtiger. Das Prinzip der Selbständigkeit wurde immer als das erste Prinzip nach beiderseitigem Übereinkommen des Südens und des Nordens in der „Gemeinsamen Erklärung des Südens und des Nordens“ vom 4. Juni 1974 und dem „Grundsatzvertrag zwischen Süd und Nord“ vom 13. Dezember 1991 aufgenommen.

i) Frieden

Das Prinzip des Friedens stellt den eisernen Willen dar, dass Gewalt unter keinen Umständen für die Wiedervereinigung angewandt werden darf und alle Fragen der Nation einschließlich der Wiedervereinigung durch Verhandlungen friedlich gelöst werden sollten. Man könnte auf keinen Fall weder die Wiedervereinigung durch Gewalt wie im Korea-Krieg oder im Vietnam-Konflikt tolerieren, noch sollte es derartige Versuche Nordkoreas, den Süden durch die revolutionäre Taktik kommunistisch zu machen, geben. Unter anderem sollte das Prinzip des Friedens in der ersten Stufe des Vereinigungsprozesses – die Stufe der Süd-Nord-Konföderation – durch die Durchführung der

---

<sup>76</sup> Dazu siehe The Association of North-East Asia Peace Studies (Hrsg.): a. a. O., S. 38; The Kim Dae-Jung Peace Foundation for the Asia Pacific Region (Hrsg.): a. a. O., S. 34-35.

drei wichtigen Grundsätze hervorgehoben werden: friedliche Koexistenz, friedlicher Austausch und friedliche Wiedervereinigung.

Friedliche Koexistenz legt dar, den Frieden auf der koreanischen Halbinsel durch den Abbau der Feindseligkeit und die Abrüstung sowie vollständige gegenseitige Kontrolle zu fixieren, und betont den positiven Willen, den Frieden durch die Verwirklichung der Zusammenarbeit (z. B. Multisicherheitssystem) der vier Großmächte USA, Japan, China und Russland auf der koreanischen Halbinsel zu schaffen. Friedlicher Austausch als der Grundsatz für die Förderung friedlicher und freier Bewegung der personellen und materiellen Mittel soll auf die Wiederherstellung nationaler Homogenität durch den gemeinsamen Austausch auf der politischen, wirtschaftlichen, sozio-kulturellen und humanitären Ebene und die Förderung des gegenseitigen Gemeinwohls und die schnelle Wirtschaftsentwicklung unter anderem durch den wirtschaftlichen Austausch zielen. Und friedliche Wiedervereinigung zeigt den Grundsatz, unter allen Umständen die Wiedervereinigung durch Gewalt oder Überlegenheit der Macht auszuschließen.

### iii) Demokratie

Das Prinzip von Demokratie postuliert, dass die Wiedervereinigung durch das demokratische Verfahren und die Bildung des nationalen Konsenses verwirklicht werden muss. Die Wiedervereinigung sollte durch die freie Beteiligung und Zustimmung aller Bürger im Süden und Norden erreicht werden. Dafür sollten die verschiedenen Diskussionen aus allen Kreisen öffentlich geführt werden und die Bürger des Südens und des Nordens sollten die vernünftige Wiedervereinigungskonzeption frei wählen können. Nur die auf dem nationalen Übereinkommen basierende Wiedervereinigungskonzeption soll die Legitimität haben und die tatkräftige Unterstützung aus der internationalen Gemeinschaft bekommen können.

c) 3-Stufen-Verfahren bis zur Vollendung einer Wiedervereinigung<sup>77</sup>

i) Die erste Phase: die republikanische Konföderation (Süd-Nord-Konföderation)

Die Phase republikanischer Konföderation sieht die zwei unabhängigen Regierungen unter einer Konföderation vor. Die beiden Republiken vom Süden und Norden sollen den heutigen Status als unabhängiger Staat erhalten, d.h. ihre Kompetenz für Außenpolitik, Verteidigung und Innenpolitik soll erhalten bleiben. Die Süd-Nord-Konföderation soll bloß eine Form der Zusammenarbeit zwischen beiden koreanischen Teilstaaten beinhalten. D.h., eine Institutionalisierung der gegenseitigen Kooperation zwischen zwei Staaten mit ganz verschiedenen Ideologien und Systemen soll entstehen. Aufgrund der tiefen Unterschiede in Ideologie und System durch die Teilung über ein halbes Jahrhundert wird es in der Realität unmöglich sein, das Land über Nacht zu vereinen. Die Wiedervereinigung kann nur durch einen stufenweisen Prozess geschehen. Beginnend mit gegenseitiger Anerkennung und Respekt, Maßnahmen gegen Krieg, der einheitlichen und ausgeglichenen Entwicklung der Wirtschaft beider Seiten und der Wiederherstellung der homogenen nationalen Identität sollen die schwierigen Hürden Schritt für Schritt überwunden werden. Und diese schwierigen Aufgaben könnten nur durch eine enge Zusammenarbeit und die gemeinsame Bemühung gelöst werden. Diese Phase der Konföderation soll darauf angelegt werden, friedlich, effektiv und rationell den Integrationsprozess durch die Institutionalisierung der gemeinsamen kooperativen Struktur zu leiten. Durch diese Struktur – die friedliche Koexistenz und den Austausch – können schließlich die beiden Seiten zur Wiedervereinigung schreiten.

Gemäß der „Charta der Süd-Nord-Konföderation“, der von beiden Seite Koreas zugestimmt werden soll, soll diese Konföderation die folgenden Organe haben: die Süd-Nord-Gipfelkonferenz als ein oberstes Entscheidungsorgan; die Konferenz der Süd-Nord-Konföderation als ein repräsentatives Organ; der Süd-Nord-Ministerrat als ein exekutives Organ.

---

<sup>77</sup> The Kim Dae-Jung Peace Foundation for the Asia Pacific Region (Hrsg.): a. a. O., S. 34-44; Daehan maeil shinbosa (Hrsg.): nam gua buk. hanaga doenun gil (Süd und Nord. Der Weg zur Vereinigung), Seoul 1999, S. 254ff.



Ein in regelmäßigen Abständen stattfindendes Süd-Nord Gipfeltreffen soll sich zu einer Instanz entwickeln, die alle politischen Entscheidungen über alle auf die endgültige Wiedervereinigung bezogenen wichtigen Fragen trifft.

Die Konferenz der Süd-Nord-Konföderation besteht aus der gleichen Anzahl von Delegierten aus den Parlamenten Süd- und Nordkoreas. Er soll über alle Fragen diskutieren, die auf die konkrete Verwirklichung der drei Grundsätze – friedliche Zusammenarbeit, friedlicher Austausch und friedliche Wiedervereinigung – beziehen, und durch Einstimmigkeit entscheiden. D.h., jede Seite kann von ihrem Veto Gebrauch machen. Alle Entscheidungen, die hier getroffen werden, sollen an die Gipfelkonferenz zurückverwiesen werden. Die Süd-Nord-Gipfelkonferenz soll die letzte Entscheidung darüber treffen und dem Ministerrat konkrete Weisungen geben. Der Ministerrat soll die Politik entwickeln, die auf den Entscheidungen des Süd-Nord-Gipfels basiert und sie durchführen. Etwa am Ende der Konföderationsphase soll der Rat der Süd-Nord-Konföderation die Einheitsverfassung anfertigen und andere notwendige Gesetze erlassen.

Nach der Erwartung soll die erste Phase bis zum Eintritt in die zweite Phase, die Föderation, 10 Jahren dauern. In dieser Zeit sollen sich die Beziehungen mit Südkorea sowie den westlichen Ländern, hinsichtlich Wirtschaft, Kultur usw. in Nordkorea einem großen Wandel unterziehen, so dass mit dem Übergang in die Marktwirtschaft und dem Fortschritt in der politischen Freiheit selbst das Mehrparteiensystem und freie Wahlen angestrebt werden können. Diese Phase soll eine vorbereitende Stufe für die zweite Phase, die Phase der Föderation, sein.

## ii) Die zweite Phase: die Föderation

Die Phase der Föderation sieht die zwei regionalen Autonomie-Regierungen unter einer Föderation vor. Durch die ca. zehnjährige Konföderationsphase soll ein großer Fortschritt in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem Süden und dem Norden und der Internationalisierung nordkoreanischer Wirtschaft zu erwarten sein. Und der Austausch auf den verschiedenen Ebenen soll zur Wiederherstellung nationaler Homogenität beitragen. Wenn damit die Marktwirtschaft und das Mehrparteiensystem sowie die freie Wahl in Nordkorea das angemessene Niveau erreichen, sollen die beiden Seiten in die Phase einer Föderation eintreten. Unter diesem föderativen System soll nun die Bundesregierung die Kompetenz für die Außenpolitik und die Landesverteidigung

sowie die wichtigen inneren Angelegenheiten ergreifen, die sich auf die Ausführung des föderativen Systems beziehen. Mit der Einführung des Föderalismus sollen die beiden Republiken abgelöst und durch zwei regionale Autonomie-Regierungen im Süden und Norden ersetzt werden. Man soll einen Bundespräsidenten wählen und ein Parlament bilden. Damit soll die Mitgliedschaft in der UNO und die diplomatische Beziehung mit anderen Ländern vereinheitlicht werden.

Das Föderationsparlament soll aus dem Ober- und Unterhaus bestehen, das auf der regionalen Repräsentation basiert. Die zwei Regionalregierungen sollen eine einheitliche Mitgliedschaft in der UNO unter dem Namen der föderativen Republik haben. Und alle bestehenden diplomatischen Beziehungen sollen damit vereinheitlicht werden.

Der Name des föderativen Staates, die Hauptstadt und andere Aufgaben sollen auch von den Staatsbürgern selbst entschieden werden.

### iii) Die dritte Phase: die Verwirklichung der vollständigen Vereinigung

Die regionalen Autonomie-Regierungen unter der Föderation sollen abgelöst werden und Süd und Nord sollen endlich mit einer einheitlichen Regierung einen vollständigen vereinigten Staat – eine Nation, einen Staat und eine Regierung – bilden.

Die politische Ideologie und das politische System des vereinigten Staates sollen durch Demokratie, Marktwirtschaft und die Verwirklichung sozialen Wohlstands geprägt sein.

### d) Die Volksabstimmung

Eine Volksabstimmung über das Ganze dieser Wiedervereinigungskonzeption oder wenigstens über den republikanischen Konföderationsplan sollte abgehalten werden, da die Zustimmung des Bürgers sowohl für die Verhandlungen mit Nordkorea als auch für die internationale Unterstützung unbedingt erforderlich sei.

## 5 Die Wiedervereinigungskonzeptionen Süd- und Nordkoreas im Vergleich

### 5.1 „National Community Unification Formula“, „Demokratische Föderative Republik Koryo“ und „3-Principles and 3-Stages Unification Formula“ im Vergleich

#### a) Grundphilosophie der Wiedervereinigung

Die NCUF macht klar, dass die südkoreanische Wiedervereinigungspolitik sich an demokratischen Grundsätzen orientiert. Gleichzeitig betont sie ausdrücklich, dass freie Demokratie der Wert sein sollte, der sowohl beim Prozess und Verfahren zur Wiedervereinigung als auch im vereinten Staat allezeit gültig sein sollte. Dagegen besteht der Norden auf der Juche (Dtschutsche)-Ideologie als der Idee der Wiedervereinigung und betont die Bedeutung des Proletariats als der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppe für die Wiedervereinigung. Zwar werden in seiner Konzeption nicht konkret dargelegt, aber Kim Dae-Jung hat als seine Grundidee der nationalen Wiedervereinigung „*Open Nationalism*“, „*Positive Peace*“ und „*Global Democracy*“ hervorgehoben.

#### b) Prinzipien der Wiedervereinigung

Als Prinzip der Wiedervereinigung unterbreitet die NCUF „Unabhängigkeit“, „Frieden“ und „Demokratie“. D.h., die Wiedervereinigung sollte nach dem Willen und der Fähigkeit der Nation unabhängig und auch nicht durch Krieg oder den Sturz der anderen Seite, sondern friedlich verwirklicht werden. Auch auf dem Weg der Wiedervereinigung sollten das demokratische Prinzip und die demokratische Verfahrensweise ständig eingehalten werden.

Die DFRK stellt als Hauptprogramm der Wiedervereinigung die drei Prinzipien Souveränität, friedliche Vereinigung und großer nationaler Zusammenschluss auf, die die historische „Gemeinsame Erklärung von Süd und Nord“ im Jahr 1972 als Hauptinhalt umfasste. Aber Nordkorea hat sie zu politischen Zwecken missbraucht, indem es ihre Begriffe willkürlich interpretiert und damit Südkorea zu dem Abzug der amerikanischen Truppen und der Legalisierung kommunistischer Aktivitäten im Süden usw. aufgefor-

dert hat. Kim Dae-Jung betont als die drei Prinzipien zur Wiedervereinigung Selbständigkeit, Frieden und Demokratie.

### c) Prozess der Wiedervereinigung

Die NCUF und die Wiedervereinigungskonzeption Kim Dae-Jungs erstreben die allmähliche und stufenweise Wiedervereinigung. Dafür sehen die beiden drei Phasen bis zur endgültigen Wiedervereinigung und die Süd-Nord-Konföderation als eine Übergangsphase vor.

Nach der NCUF sollte die Wiedervereinigung nach und nach und stufenweise in die Richtung, eine „*single korean national community*“ zu bilden, verwirklicht werden, weil die Konfrontation und das Misstrauen zwischen dem Süden und dem Norden nicht an einem Tag abgebaut werden können. Nämlich erst über die Phase der Versöhnung und Zusammenarbeit und dann die Phase einer „*Korean Commonwealth*“ (Süd-Nord-Konföderation) sollte ein vollständiger Einheitsstaat - eine Nation und ein Staat - zustande kommen.

Kim Dae-Jung schlug als erste Stufe die Wiedervereinigung in Form einer Republik-Konföderation vor, die eine Konföderation beider Republiken in Süd und Nord (Süd-Nord-Konföderation) darstellt und dann die Wiedervereinigung in Form eines föderativen Systems in zweiter Stufe, in den zwei regionalen Regierungen unter einer Föderation vorhanden sein sollen. In dritter Stufe soll endlich eine vollkommene Wiedervereinigung mit einer Nation, einem Staat und einer Regierung verwirklicht werden.

Dagegen gibt es in der DFRK keinen konkreten Hinweis auf eine Übergangslösung vor der Wiedervereinigung. Während die Süd-Nord-Föderationskonzeption, die am 14. August 1960 von Nordkorea vorgeschlagen wurde, ein föderatives System als eine Übergangsvereinigung unterbreitet, sieht die DFRK die föderative Republik in Form eines endgültigen Einheitsstaates vor. Aber Kim Il Sung deutete die Möglichkeit einer Übergangslösung zur Wiedervereinigung durch die Neujahrsrede im Jahr 1991 an, indem Nordkorea bereit sein soll, über die allmähliche Verwirklichung der Wiedervereinigung durch das föderative System zu verhandeln.

#### d) Verfahren zur Wiedervereinigung

Der Süden schlägt vor, durch freie allgemeine Wahlen in ganz Korea nach der Vereinigungsverfassung, die in der Phase der Süd-Nord-Konföderation durch die Delegierten des süd- und nordkoreanischen Parlaments entworfen und ausgearbeitet werden soll, ein gemeinsames Parlament und eine einheitliche Regierung zu schaffen. Damit soll schließlich ein vereinter Staat – eine Nation und ein Staat – verwirklicht werden.

Die DFRK geht von der Erfüllung der Vorbedingungen aus. Wenn diese Vorbedingungen erfüllt sind, schlägt der Norden die Bildung einer obersten nationalen Föderativen Versammlung und eines konföderativen Präsidiums bei der Versammlung vor, die unabhängig von den Bevölkerungszahlen in gleicher Stärke vom Süden und vom Norden repräsentiert werden sollen. Sie sollen als einheitliche Regierung des föderativen Staates die Regionalregierungen im Süden und im Norden anleiten und alle Angelegenheiten des föderativen Staates wahrnehmen.

Kim Dae-Jung sieht einen *de facto* vereinten Staat in der Föderationsphase, wo beide Seiten die gleiche politische Richtung – Marktwirtschaft, Demokratie und Sozialstaat – verfolgen sollen. In dieser Phase sollen sich die beiden Republiken auflösen und durch zwei autonome Regionalregierungen ersetzt werden. Nach einer Einheitsverfassung, die von beiden Seiten ausgefertigt wird, soll ein Präsident der föderativen Regierung gewählt und eine Föderative Nationale Versammlung gebildet werden. Die föderative Regierung soll über die Außenpolitik und die Landesverteidigung entscheiden und in den wichtigen inneren Angelegenheiten intervenieren.

Nun soll die Übergangszeit bis zur vollständigen Wiedervereinigung auf ein paar Jahre beschränkt sein. Dann irgendwann in der entsprechenden Zeit – wenn die Unterschiede zwischen beiden koreanischen Teilstaaten vollständig überwunden und der Auftrieb für die Wiedervereinigung mit der Entwicklung der Nachkriegsgeneration verstärkt wird – soll die autonome Eigenstaatlichkeit von Süd- und Nordkorea in ein Einheitssystem wie in der Zeit vor der Teilung der koreanischen Halbinsel umgewandelt werden.

Damit soll eine völlig einheitliche Regierung – eine Nation und ein Staat - zustande kommen.

Abb. 2: Wiedervereinigungskonzeptionen im Vergleich

	National Community Unification Formula	3-Stufen Wiedervereinigungskonzeption	Demokratische Föderative Republik Koryo
Grundphilosophie	Frieden und Demokratie	- „Open Nationalism“ - „Positive Pacifism“ - „Global Democracy“	Juche-Ideologie
Prinzipien der Wiedervereinigung	- Unabhängigkeit - Frieden - Demokratie	- Selbständigkeit - Frieden - Demokratie	- Souveränität - Frieden - Großer nationaler Zusammenschluss
Prozess der Wiedervereinigung	In 3 Phasen: - Versöhnung und Zusammenarbeit - Korean Commonwealth - Ein vereinter Staat	In 3 Phasen: - Konföderation der Republiken - Süd-Nord-Föderation - Ein endgültig vereinter Staat	
Übergangssystem	Korean Commonwealth (Süd-Nord-Konföderation)	Konföderation der Republiken (Süd-Nord-Konföderation)	
Form des vereinten Staates	Ein demokratischer Nationsstaat (ein System und eine Regierung)	Ein einheitlicher Nationsstaat (eine Nation, ein Staat und eine Regierung)	Ein föderativer Staat (eine Nation, ein Staat, zwei Systeme und zwei Regierungen)
Vision des vereinten Staates	Ein fortgeschrittener demokratischer Staat, der allen Bürgern die Freiheit, die Wohlfahrt und die Menschenwürde garantiert.	Demokratie, Marktwirtschaft, sozialer Wohlstand und moralisch fortgeschrittener Staat	Ein neutraler Staat

e) Vision eines vereinten Staates

Der NCUF zufolge sollte ein vereinigtes Korea ein demokratischer Einheits- und Nationsstaat – ein System und eine Regierung - auf der Grundlage einer „*korean national community*“ sein, zu der alle 70 Millionen Koreaner gehören und wo Freiheit, Wohlstand und Menschenwürde den individuellen Bürgern garantiert werden sollen.

Die 3-Stufen-Wiedervereinigungskonzeption Kim Dae-Jungs legt einen vereinigten Nationsstaat – eine Nation, ein Staat und eine Regierung – vor, der auf Demokratie und Marktwirtschaft beruhen und das soziale Wohl verfolgen soll. Sie sieht ein zentralistischer Staat vor.

Die DFRK sieht einen föderativen Staat als einen vereinten Staat vor. Sie erklärt das Ziel des vereinten Staates wie folgt:

„Die werktätigen Massen sind Herren des Staates und der Gesellschaft und Schöpfer aller materiellen Güter. Ein demokratischer Staat, der dem Volk dient, muss es in seiner Tätigkeit zu seinem wichtigsten Prinzip machen, den Werktätigen ein gesichertes Leben zu garantieren und ihr Leben ständig zu verbessern, und die einheitliche Regierung soll es auch als eine nationale Pflicht betrachten, dieses Prinzip auf jeden Fall durchzusetzen.“<sup>78</sup>

Wie oben erwähnt hat die DFRK Wert darauf, dass der vereinte Staat der Arbeiterklasse besonderen Schutz zukommen lässt.

## 5.2 Bewertung der Wiedervereinigungskonzeptionen

Die DFRK ist die offizielle Wiedervereinigungskonzeption Nordkoreas, die auf der Grundlage der drei Prinzipien für die Wiedervereinigung – Souveränität, Frieden und großer nationaler Zusammenschluss – die „Föderation des Südens und des Nordens“ der 60er Jahre und die „Föderative Republik Koryo“ der 70er Jahre präziser und konkreter entwickelt hat. Während die „Föderative Republik Koryo“ einen Charakter als das Übergangsstadium bis zur vollkommenen Wiedervereinigung zeigt, legt die DFRK den Schwerpunkt auf die Erreichung einer nationalen Einheit und stellt faktisch eine endgültige Wiedervereinigungsform dar.

Obwohl Nordkorea darauf besteht, dass die Bildung einer Föderation zwischen dem Süden und dem Norden „ein realer und vernünftiger Weg zur Wiedervereinigung der Heimat“ sei und auch die DFRK mit einem eigenen zusammenfassenden Überblick konkrete Planungen zur Ausführung vorlegt, enthält die Wiedervereinigungskonzeption

---

<sup>78</sup> Kim Il Sung: a. a. O., S. 93.

Nordkoreas einige entscheidende Schwachpunkte in Hinsicht auf die Gültigkeit, Schlüssigkeit und Realisierungsmöglichkeit.<sup>79</sup>

Vor allem basiert die DFRK bezüglich der Schlüssigkeit auf ein unmäßiges egozentrisches Logiksystem, was vor allem in der Behauptung nach der Legitimität und Realisierungsmöglichkeit der DFRK häufig erkennbar wird.

Erstens: Die „drei Prinzipien für die Vereinigung des Vaterlands“ werden trotz ihres positiven zielgerichteten Charakters hauptsächlich als Mittel im politischen Kampf, als Argumente gegen die Position Südkoreas benutzt. Der Norden verwendet den Begriff „Souveränität“, um den Süden zum Abzug der amerikanischen Truppen zu drängen. Aber solche schematische Logik ist nicht nur der bestehenden internationalen Ordnung unangemessen, die durch die gegenseitige Abhängigkeit gekennzeichnet wird, sondern auch ist die Forderung nach dem Abzug der amerikanischen Truppen als die Bedingung der Souveränität trotz ihrer logischen Geltung an sich der These nicht entsprechend, die Realität beider Seiten anzuerkennen, und übersieht auch die Tatsache, dass die amerikanische Truppenpräsenz wesentlich zur Erhaltung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel beiträgt.<sup>80</sup> In gleicher Weise besteht der Norden auch mit dem Prinzip des großen nationalen Zusammenschlusses sogar auf einem derartigen Austausch zwischen Süd und Nord, der unter der südkoreanischen Realität und dem bestehenden südkoreanischen Gesetz kaum möglich ist. Damit will es einseitig nur seinen Willen ohne Respekt auf die gesellschaftliche Ordnung der anderen Seite durchsetzen.

Zweitens: Das Verfahren zur Bildung einer föderativen Regierung hat zwar einerseits eine realistische Geltung, in dem Sinne, dass es durch die Verhandlung auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit zustande kommt, aber die DFRK übersieht andererseits die Probleme, die aus der wesentlichen Ungleichheit wie dem Bevölkerungsunterschied oder wirtschaftlichen Unterschied zwischen dem Süden und dem Norden usw. entstehen könnten. Es fragt sich, ob eine solche Organisation, die durch eine gleichstarke Repräsentation aus den zwei gegensätzlichen Staaten gebildet wird, bei den heiklen An-

---

<sup>79</sup> Park, Ki-Deok: nambukhan jeongchijeok tonghapmodel ui mosek (Studie über das politische Integrationsmodell zwischen Süd- und Nordkorea), in: Park, Ki-Deok / Lee, Jong-Seok (Hrsg.): nambukhan cheje bikyo wua tonghapmodel ui mosek (Systemvergleich zwischen Süd- und Nordkorea und Studie über das Integrationsmodell), Seoul 1995, S. 357.

<sup>80</sup> Vgl. Lee, Jong-Seok: jokuk tongil samdae wonchik ui haeseok kwa silcheone kwanhan jeeon (Die Ansicht über die Analyse und Praxis der drei Prinzipien für die Vereinigung des Vaterlandes), Aufsatz im Wiedervereinigungssymposium der süd- und nordkoreanischen und ausländischen Wissenschaftler vom 31. Juli – 01. August 1995, S. 2-4.



gelegenheiten zu einer richtigen Entscheidung ohne Schwierigkeiten kommen kann. Der Misserfolg der ersten Wiedervereinigung von Jemen ist ein gutes Beispiel darüber.

Drittens: Die Beziehung zwischen der föderativen Regierung und den Regionalregierungen wird in Frage gestellt. Die föderative Regierung soll die regionalen Regierungen anleiten und die gesamte Tätigkeit des föderativen Staates verwalten. Wenn der Süden und der Norden mit ihren gegensätzlichen Systemen durch die Vertreter der gleichen Zahl aus beiden Seiten die föderative Regierung bilden, ist es zweifelhaft, ob tatsächlich die föderative Regierung eine über die Regionalregierungen dominierende Macht haben wird und darüber hinaus die gesamte Tätigkeit über die empfindlichen politischen, militärischen und auswärtigen Frage handhaben kann.

Viertens geht es darum, eine nationale Koalitionsarmee zu bilden. Wenn die nationale Koalitionsarmee eine effektive Armee sein sollte, muss sie reichliche Ausrüstung und Mannschaftsstärke haben. Solange die regionalen Regierungen ihre eigene starke Streitmacht bewahren wollen, darf die Föderationsarmee nicht effektiv, sondern nur eine formale Truppe werden.<sup>81</sup>

Nach Nordkorea soll die DFRK als eine Wiedervereinigungsidee durch die Föderation, die auf einer Nation, einem Staat, zwei Systemen und zwei Regierungen basiert, der bestehenden Realität Koreas entsprechen mit den Begründungen: Vom Standpunkt der Wiedervereinigung ausgehend, eine Nation und einen Staat ins Leben zu rufen, soll die DFRK anerkennen und tolerieren, dass verschiedene Ideologien und Gesellschaftssysteme auf beiden Seiten bestehen. Damit soll sie der beste Weg sein, um die Wiedervereinigung des Vaterlandes friedlich und so bald wie möglich zu verwirklichen. Aber trotz solches Arguments Nordkoreas wird die DFRK in Hinsicht auf die Realisierungsmöglichkeit auch in Frage gestellt.

Was die Realisierung praktisch schwer macht, sind in erster Linie die mit ihr verbundenen Vorbedingungen, in deren Mittelpunkt die Abschaffung des „Anti-Kommunistengesetzes“ und des „Gesetzes für Nationale Sicherheit“, die Demokratisierung der Gesellschaft in Südkorea und Legalisierung aller politischen Parteien und gesellschaftlicher Organisationen sowie Gewährleistung der Freiheit der politischen Tätigkeit für die verschiedenen Parteien, Gruppierungen und Persönlichkeiten der Öffentlichkeit stehen.

---

<sup>81</sup> Vgl. Park, Ki-Deok: a. a. O., S. 357-359.

Obwohl der Norden einerseits erklärte, dass „keine Seite ihre eigene Ideologie und ihr Gesellschaftssystem für absolut halten sollte“, will er andererseits dem Süden einseitig seinen Willen aufzwingen und fordert faktisch die Legalisierung kommunistischer Aktivitäten im Süden. Da derartige Maßnahmen die Grundordnung des südkoreanischen Staates zerstören würden, kann die Regierung in Seoul diese Pläne nicht hinnehmen.

Durch die Teilung des Landes über einem halben Jahrhundert entwickelten sich beide unterschiedliche Ideologien und Gesellschaftsordnungen. Und damit sind die Unterschiede zwischen dem Süden und dem Norden zu groß geworden. Heute stehen sie sich in Misstrauen und Feindschaft gegenüber. Wenn der Versuch einer friedlichen Wiedervereinigung Aussicht auf Erfolg haben soll, muss eine Übergangszeit eingeplant werden, wo die beiden Seiten durch den Austausch und die Zusammenarbeit das gegenseitige Missvertrauen beseitigen und die nationale Identität wiederherstellen können. Eine solche Phase wird jedoch in der DFRK nicht vorgesehen. In dem „10-Punkte-Programm“ spricht Nordkorea zwar von „Austausch und Zusammenarbeit“, doch sie sollen erst nach der Wiedervereinigung durch die föderative Regierung stattfinden.

Die NCUF ist zwar ähnlich wie die 3-Stufen-Wiedervereinigungskonzeption Kim Dae-Jungs, von dem Standpunkt aus betrachtet, dass sie drei stufige Prozesse zur Wiedervereinigung ansetzt, aber sie sieht die Verwirklichung eines vereinten Staates gleich nach der Phase der Süd- Nord-Konföderation vor, während die Konzeption Kim Dae-Jungs die Phase der Süd-Nord-Föderation nach der Süd-Nord-Konföderation festlegt. In Hinsicht auf die Integrationstheorie zeigt sie noch mehr funktionalistischen - weniger neo-funktionalistischen - Charakter als die 3-Stufen-Wiedervereinigungskonzeption, indem sie die Notwendigkeit des Austauschs und der Zusammenarbeit vor der Wiedervereinigung unterstreicht.

Die NCUF zeigt einen allmählichen Annäherungsweg, der von leicht lösbaren Fragen ausgehen soll. Die „National Community“ ist ein Begriff, der über Unterschiede der politischen Grundüberzeugung hinweg von Südkoreanern wie auch Nordkoreanern aufgenommen werden kann. Weil das Grundsatzabkommen und seine Begleitdokumente schon zwischen beiden Seiten unterzeichnet und die Einrichtung eines Verbindungsbüros und die Bildung der Unterausschüsse sowie gemeinsame Komitees in jedem Bereich usw. vereinbart worden sind, kann sie jederzeit gemäß politischem Wille beider Seiten

in der Tat umgesetzt werden. Aber trotz aller politischen Ansätze enthält auch die U-  
CUF Regelungen, die nicht konsensfähig sein werden. Der erste Punkt ist die Tatsache,  
dass sie zwar einerseits die Anerkennung des anderen Systems und die Versöhnung und  
Zusammenarbeit bekräftigt, jedoch ist andererseits das „nationale Sicherheitsgesetz“ in  
Südkorea immer noch vorhanden, das die DPRK als eine „antistaatliche Organisation“  
einstuft. Zweitens betont sie ausdrücklich als politisches System eines vereinten Staats  
eine Form der Demokratie, die nur unter den Bedingungen der Veränderung des nord-  
koreanischen Systems realisierbar ist und im Grunde eine Wiedervereinigung durch  
Absorption – die Absorption Nordkoreas durch Südkorea - darstellt. Drittens scheint sie  
eine Möglichkeit zur Verhandlung mit Nordkorea schon vorher zu blockieren, indem sie  
die nordkoreanische Wiedervereinigungskonzeption „Demokratische Föderative Repu-  
blik Koryo“ kategorisch ablehnt. Zum Schluss stellt die NCUF in strengem Sinne viel  
mehr einen Charakter eines Konzeptes zur Normalisierung innerkoreanischer Bezie-  
hungen als den einer Wiedervereinigungskonzeption dar. Denn es fragt sich in dieser  
Konzeption, wie die beiden Koreas zum Übereinkommen gelangen können, um den  
vereinten Staat zu gründen. Und es ist kaum möglich, darauf zu hoffen, dass Nordkorea  
eine Fortsetzung des südkoreanischen Systems als politisches System eines vereinten  
Koreas akzeptiert.

Aufgrund ihrer sorgfältigen Inhalte und des relative systematischen Verfahrens zur  
Wiedervereinigung wird die 3-Stufen-Wiedervereinigungskonzeption Kim Dae-Jungs  
als eine beachtlicher Fortschritt gegenüber anderen offiziellen und inoffiziellen Wieder-  
vereinigungskonzeptionen in Südkorea bewertet. Aber trotz ihrer Stärke durch ihre sys-  
tematische und ins einzelne gehende Ausarbeitung zeigt beabsichtigt sie auch im Grund  
eine Wiedervereinigung unter dem südkoreanischen System und damit zeigt sich auch  
die gemeinsame Problematik, die die Wiedervereinigungskonzeptionen durch die Ab-  
sorption haben. Folglich besteht es kein Zweifel, dass sie von der nordkoreanischen  
Seite kategorisch abgelehnt würde. In dieser Hinsicht unterscheidet sie sich nicht von  
der Wiedervereinigungskonzeption der südkoreanischen Regierung.

### 5.3 „Süd-Nord-Konföderation“ und „Lose Föderation“

#### 5.3.1 Süd-Nord-Konföderation

Sowohl in der NCUF als in der 3-Stufen-Wiedervereinigungskonzeption Kim Dae-Jungs steht die „Süd-Nord-Konföderation“ (Korean Commonwealth) in ihrem Mittelpunkt. Auf dem Gipfeltreffen des Südens und des Nordens in Pjöngjang im Juni 2000 stellte der südkoreanische Präsident Kim Dae-Jung diese „Süd-Nord-Konföderation“ als die südkoreanische Wiedervereinigungskonzeption vor.

Die Diskussion über die „Süd-Nord-Konföderation“ geht von der „*Korean National Community Unification Formula*“ im September 1989 aus. In der Annahme, dass es unmöglich ist, die Wiedervereinigung im Hauruckverfahren zu erreichen, sieht sie eine allmähliche und stufenweise Wiedervereinigung vor. D.h., die beiden Länder sollen zuerst eine „*national community*“ wiederherstellen und entwickeln und auf dieser Grundlage schließlich eine politische Vereinigung schaffen. Infolgedessen sieht diese Wiedervereinigungskonzeption eine Phase des „Koreanischen Commonwealth (Süd-Nord-Konföderation)“ als ein Übergangssystem zur Wiedervereinigung vor, wobei Süd- und Nordkorea friedlich koexistieren, einander Austausch treiben und zusammenarbeiten sollen. Die Phase des koreanischen Commonwealth soll nach der „*korean national community charta*“ zustande kommen, die durch ein Gipfeltreffen des Südens und des Nordens aufgenommen werden soll.

In der Phase des koreanischen Commonwealth sollen der Süden und der Norden bei gegenseitiger Anerkennung der zwei verschiedenen Systeme die eigene Regierung weiter beibehalten und gemeinsam die ständigen Organisationen wie den Präsidentenrat, den Ministerrat und den Parlamentsrat, usw. bilden, um alle offenen Fragen zu verhandeln und durchzuführen.

Viele Wissenschaftler haben sich an der Diskussion über die „Süd-Nord-Konföderation“ beteiligt, wobei im Mittelpunkt des Interesses die Frage ihrer kategorialen Einordnung stand.<sup>82</sup> Sie meinten:

1. Die „Süd-Nord-Konföderation“ ist eine Systemkonföderation, die zwischen dem Staatenbund und dem föderalen System liegt. (Kim Hak-Joon);
2. Die „Süd-Nord-Konföderation“ liegt näher am Staatenbund als das föderale System, aber es ist eine besondere Verbindungsform ähnlich wie der „*British Commonwealth of Nations*“. (Jang Myung-Bong);
3. Der Charakter der „Süd-Nord-Konföderation“ ist das Commonwealth.<sup>83</sup>

Auch bezüglich ihres Sondercharakters wird betont, dass die Süd-Nord-Konföderation einen anderen Charakter als die Konföderation und die Föderation habe. Zwar sollen der Süden und der Norden als souveräne Staaten mit diplomatischer und militärischer Macht usw. erhalten bleiben, aber das soll keine Teilung der koreanischen Halbinsel in zwei Staaten bedeuten. In einem Wort ist sie eine Staatenverbindung in sehr besonderer Form. Vom rechtlichen Standpunkt aus sollen Süd- und Nordkorea nach außen hin als unabhängige Völkerrechtssubjekte bestehen bleiben und gleichzeitig im inneren keine völkerrechtliche Beziehung, sondern einen Sonderstatus als ein geteiltes Land haben. D.h., die Süd-Nord-Konföderation soll ein besonderes Verbindungsverhältnis haben, das nicht der völkerrechtlichen Beziehung, sondern dem Staatsrecht folgen soll. Und die Charta, die die Beziehung zwischen Süd und Nord bestimmen soll, soll kein zwischenstaatlicher Vertrag, sondern beinahe ein staatsrechtliches Abkommen sein. Demzufolge soll sie, vom funktionalen Standpunkt aus betrachtet, einen ähnlichen Charakter wie die Europäische Union oder die Nordische Union haben, die durch die Bildung eines gemeinsamen Lebensraumes im Grund nach der politischen Integration streben soll.<sup>84</sup>

Die Wiedervereinigungspolitik der Regierung unter Kim Dae-Jung, die am 28. Februar 1998 begonnen hat, folgt offiziell der „*National Community Unification Formula*“. Die

---

<sup>82</sup> Kim, Hak-Joon: minjok gongdongche wa nambuk chejeyounhape kwanhan youngu (Forschung von der „national community“ und der Süd-Nord-Systemkonföderation), in: Ministerium für Nationale Wiedervereinigung der Republik Koreas: tongil munje youngu (Das Studium von der Wiedervereinigungsfrage), 1. Bd. Nr. 3 vom 1989; Jang, Myung-Bong: „Korean National Community Unification Formula“- Studium von ihrem rechtlichen System, Seoul 1989.

<sup>83</sup> Ministerium für Nationale Wiedervereinigung der Republik Koreas (1992.), S. 85.

<sup>84</sup> Ebd., S. 85-86.

„Süd-Nord-Konföderation“ in der „Gemeinsamen Erklärung des Südens und des Nordens“ beim Gipfeltreffen vom 15. Juni 2000 ist mit dem „Koreanischen Commonwealth“ von der „*Korean National Community Unification Formula*“ fast identisch. Die „Süd-Nord-Konföderation“ zeigt ein vorübergehendes Vereinigungssystem als einen Zwischenvorgang zur Wiedervereinigung, wobei Süd und Nord die Zusammenarbeit und die Beziehungen der Koexistenz und des Gemeinwohls vorhaben und dadurch die Grundlage für die Wiedervereinigung aufbauen sollen. Die Süd-Nord-Konföderation stellt keine endgültige Form der Wiedervereinigung, sondern ein vorübergehendes Einheitssystem dar.

### 5.3.2 Lose Föderation

Das Konzept einer „losen Föderation“ wurde durch die „Gemeinsame Erklärung“ vom 15. Juni 2000 zum ersten Mal vorgestellt. Dabei hatte Nordkorea die lose Föderation als seine Wiedervereinigungskonzeption mit der Süd-Nord-Konföderation der südkoreanischen Seite vorgelegt.

Das Konzept der losen Föderation geht auf die Neujahrsrede Kim Il-Sungs im Jahr 1991 zurück. Dabei erklärte er eine Föderation in loser Form, die bedeutet, auf der Grundlage von einer Nation, einem Staat und zwei Regierungen den regionalen Regierungen das Recht auf die Außenpolitik und Verteidigung in bedeutendem Maße zu belassen. Vorübergehend soll man den regionalen Autonomieregierungen der föderalen Republik mehr Kompetenzen geben und zukünftig in die Richtung, die Funktion der Zentralregierung mehr und mehr zu verstärken, die Wiedervereinigung durch das föderale System Schritt für Schritt verwirklichen.

Im Oktober 2000 machte Nordkorea öffentlich bekannt, die „lose Föderation“ sei das Konzept, das auf der Basis des Prinzips von einer Nation, einem Staat und zwei Regierungen den Regierungen des Südens und des Nordens das Recht auf Innenpolitik, Landesverteidigung und Außenpolitik sowie bestehende Funktionen und Kompetenzen lasse, und auf dieser Grundlage sollte eine Organisation zur nationalen Wiedervereinigung

gebildet werden.<sup>85</sup> Das konkretisierte das Recht der regionalen Autonomieregierung mehr als der 1991 erwähnte Vorschlag, aber machte jedoch auch klar, dass Nordkorea die „lose Föderation“ mit der „Demokratischen Föderativen Republik Koryo“ identifiziert.

In ihrem Sonderbeitrag vom 15. Dezember 2000 äußerte auch Rodong Sinmun, die nordkoreanische Zeitung, die lose Föderation solle zum Grundinhalt haben, dass man die bestehende Funktion und Kompetenz der Regierungen im Süden und im Norden in der Innenpolitik, der Verteidigung und der Außenpolitik usw. wie bisher lassen und darauf eine Organisation zur nationalen Wiedervereinigung bilden müsse.

Das wurde später durch den Pjöngjang-Rundfunk am 11. Februar 2001 wiederum bestätigt: Die beiden Regierungen im Süden und im Norden behalten ihre jetzige Funktion und Kompetenz wie früher weiter bei und regulieren auf dieser Basis durch die Bildung einer Organisation für die nationale Wiedervereinigung die dem gemeinsamen Interesse der Nation entsprechende Beziehung zwischen dem Süden und dem Norden einheitlich.

Das bedeutet, dass Nordkorea eine Übergangsphase zur Wiedervereinigung anerkennt, in der Süd und Nord mit der gegenseitigen Anerkennung und dem Respekt des anderen Systems friedlich koexistieren sollen. Bei dem Gipfeltreffen des Südens und des Nordens im Juni 2000 erklärte Nordkorea eine Föderation in loser Form, in der die regionalen Autonomieregierungen alle Kompetenzen wie in der Außenpolitik, der Landesverteidigung, der inneren Angelegenheiten usw. haben und die Zentralregierung nur eine symbolische Rolle spielen soll, und bezeichnet das als eine „lose Föderation“.

### 5.3.3 Die gemeinsamen Bestandteile der Süd-Nord-Konföderation und der losen Föderation

Auf dem Gipfeltreffen im Juni 2000 bemühten sich Süd und Nord darum, einen

---

<sup>85</sup> In der Gedenkrede Ahn Kyung-Hos, der Hauptsekretär des „Komitees für die friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes“, zum 20. Jahrestag des Vorschlags von „Formula for Creating a Democratic Confederation of Koryo“, durch Chosun Zentralrundfunk am 6. Oktober 2000.

Berührungspunkt zwischen ihren Wiedervereinigungsprinzipien und -konzeptionen zu suchen. Im 2. Punkt der „Gemeinsamen Erklärung des Südens und des Nordens“ vom 15. Juni 2000 kamen die beiden Seiten schließlich zur Erkenntnis, dass die Wiedervereinigungskonzeptionen Süd- und Nordkoreas gemeinsame Elemente haben. Der zweite Punkt lautet:

„Acknowledging that there is a common element in the South’s proposal for a confederation and the North’s proposal for a loose form of federation as the formulae for achieving reunification, the South and the North agreed to promote reunification in that direction.“<sup>86</sup>

Die Bedeutung des beiderseitigen Übereinkommens hinsichtlich Punkt 2 liegt darin, dass Nordkorea die südkoreanische Konzeption „Süd-Nord-Konföderation“ endlich als einen möglichen Wiedervereinigungsvorgang akzeptiert. Das bedeutet, dass die beiden Koreas darin übereinstimmen, dass nicht die rasche staatliche Einheit, sondern eine Übergangsphase vor Wiedervereinigung notwendig ist, in der beide Systeme friedlich koexistieren.

Wenn man von den gemeinsamen Inhalten der beiden spricht, handelt es sich um die folgenden: Erstens setzen die Süd-Nord-Konföderation und die lose Föderation die gegenseitige Anerkennung des Systems und der Ideologie und den Respekt vor bestehenden politischen, diplomatischen und militärischen Rechten der süd- und nordkoreanischen Regierungen voraus.

Zweitens sehen die beiden Konzeptionen einen allmählichen Wandel hin zur Wiedervereinigung vor. Die Wiedervereinigungskonzeptionen in Südkorea basieren auf einem allmählichen Annäherungsprozess. Die lose Föderation weist auch auf ein schritt- und stufenweises Verfahren zur Wiedervereinigung hin.

Drittens setzen die beiden Konzeptionen die langzeitige Koexistenz der bestehenden Systeme in Süd- und Nordkorea voraus, indem sie eine lang andauernde Übergangsphase für den friedlichen Austausch und die Zusammenarbeit annehmen. Die Süd-Nord-Konföderation betont nachdrücklich, dass die beiden Seiten zuerst durch die gegenseitige Öffnung, den Austausch und die Zusammenarbeit das gegenseitige Vertrauen aufbauen können. Durch das 10-Punkte-Programm forderte Nordkorea auch die Zusammenarbeit und den Austausch auf den vielseitigen Ebenen sowie die einheitliche Ent-

---

<sup>86</sup> Korea Times vom 16. Juni 2000



wicklung von Wissenschaft und Technik, nationaler Kultur und Kunst und Bildung des Landes.

Viertens stellten die beiden Seiten einheitliche Organisationen auf, die von den Vertretern aus Süd und Nordkorea gebildet werden sollten. Die südkoreanische Konföderationskonzeption legt die Bildung des Präsidialrats, des Ministerrats und eines Parlamentarats fest. Die Föderationskonzeption Nordkoreas sieht die Bildung einer „obersten nationalen föderativen Versammlung“ und die Schaffung eines „föderativen Präsidiums“ vor, das die regionalen Regierungen in Süd und Nord anleiten und die gesamte Tätigkeit des föderativen Staates verwalten soll.

Mit dem Ausdruck der „losen Föderation (loose form of föderation)“ macht Nordkorea klar, dass es auf das vorhandene Föderationssystem nicht verzichtet, aber gleichzeitig scheint die lose Föderation dem Konzept näher zu kommen, welches eine Systemkoexistenz ähnlich wie die Phase der Konföderation Südkoreas bedeutet.

## **6. Zusammenfassung**

Bis jetzt kamen die Wiedervereinigungskonzeptionen Süd- und Nordkoreas bezüglich friedlicher Wiedervereinigung hauptsächlich auf der Grundlage der Föderation und Konföderation zu Diskussion. Von theoretischem Gesichtspunkt aus betrachtet, bilden die Begriffe „Föderation“ und „Konföderation“ einen deutlichen Gegensatz zueinander. „In der Föderation geht die Souveränität auf den Zentralstaat über und im Unterschied zum Einheitsstaat bleiben Staatsqualität und Staatsgewalt der Gliedstaaten im Bundesstaat aber erhalten.“<sup>87</sup> Im Gegensatz zur Föderation bzw. zum Bundesstaat stellt die Konföderation einen Zusammenschluss zweier oder mehrerer gleichberechtigter und weiterhin souveräner Staaten zu einem Staatenbund dar. Wenn das so ist, welche von diesen beiden hat die Möglichkeit der Realisierung und ist eine wünschenswerter Weg zur Wiedervereinigung? Betrachtet man die gegenwärtige Lage auf der koreanischen Halbinsel, ist es selbstverständlich, dass die Konföderation sowohl von theoretischem Gesichtspunkt als auch vom Gesichtspunkt der Realisierbarkeit aus mehr überzeugt. In Hinsicht auf die Realität auf der koreanischen Halbinsel Beziehungen scheint die Föde-

---

<sup>87</sup> Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer Olaf (Hrsg.): a. a. O., S. 234.

ration ein unrealistisches und sehr riskantes Modell zu sein. Dazu kann man vor allem auf die folgenden drei Problembereiche aufmerksam machen:

Die erste Frage ist, wie könnte zwei gegensätzliche Systeme, die sich lange Zeit feindselig gegenüberstand, ohne Schwierigkeiten eine Zentralregierung bilden, die die Souveränität in Händen hat. Solange die süd- und nordkoreanische Regierungen nicht ein hohes Maß an Vertrauen aufbauen und der sicheren Überzeugung sind, dass sie von der Gegenseite nicht absorbiert werden, dürfte es kaum möglich sein, zu solch einer Vereinbarung zu kommen.

Zweitens ist es fraglich, ob eine friedliche Koexistenz möglich ist, wenn zwei Systeme, deren Ungleichheit hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft und ihrer Lebensverhältnisse so deutlich ist, in einer Föderation vereinigt werden. Falls die Föderation verwirklicht wird, in der im Vergleich mit der Konföderation die Intensität der Integration zwischen beiden Systemen stärker ist, könnte dies am Ende eine Systemvereinigung zur Folge haben, indem ein überlegenes System anderes System absorbiert. Vor allem unter einer Nation ist es noch wahrscheinlicher, dass die Föderation durch die Systemvereinigung rasch in einem Einheitsstaat übergehen würde, wobei die wirtschaftliche Kraft eine entscheidende Rolle spielen würde. Die Folge würde ohne Zweifel eine Wiedervereinigung durch Absorption, nämlich die Absorption Nordkoreas durch Südkorea.

Drittens scheint die Möglichkeit zur Realisierung einer Föderation zweifelhaft zu sein, weil Südkorea bis heute die nordkoreanische Föderationskonzeption als nur eine politische Strategie betrachtet, im Süden den Kommunismus durchzusetzen. In Wirklichkeit muss sich Nordkorea unter diesem veränderten Wiedervereinigungsumfeld viel mehr als Südkorea vor der Föderation fürchten. Jedoch besteht Nordkorea immer noch auf der Föderation und lehnt Südkorea sie im Zusammenhang mit der Absicht auf die Bolschewisierung kategorisch ab. Das ist sehr paradox und weist damit darauf hin, dass Süd- und Nordkorea im Grunde die veränderte Umwelt zur Wiedervereinigung noch nicht richtig auffassen und Denkschemata der Kalten Kriegszeit immer noch die Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden beherrschen.

Aber die nordkoreanische Führung scheint im Innern schon einigermaßen die Tatsache zu begreifen, dass die Wiedervereinigung unter der Föderation für nordkoreanisches System sehr riskant sein könnte. Sie hat mittlerweile die Inhalte ihrer Föderationskon-

zeption teilweise der Konföderationskonzeption angenähert. Zwar besteht sie öffentlich immer noch auf der Wiedervereinigung durch die Föderation, aber andererseits scheint es schon ihr bewusst zu sein, dass die mit einem umfassenden menschlichen und wirtschaftlichen Austausch zwischen Süd und Nord verbundenen Erfahrungen und Erkenntnisse zum Zusammenbruch ihres Systems führen könnten. Von diesem Gesichtspunkt aus bleibt kein anderer Weg übrig, als von der Konföderation auszugehen, die die gegenseitigen Souveränitäten gewährleistet und relativ lose Zentripetalkraft hat, wenn man eine Wiedervereinigung erreichen will, ohne sich vor der Wiedervereinigung durch Absorption in acht zu nehmen und die Angst vor der Wiedervereinigung durch die Föderation zu haben, die sich in der südkoreanischen Gesellschaft verbreitet.

Aber mit Rücksicht auf gegenwärtig unfreundlichen Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden ist eine Konföderation ein Ziel, das erst in der Zukunft verwirklicht werden kann. Was gegenwärtig geleistet werden kann, ist nicht der Eintritt in eine Konföderation, sondern eine Vorbereitungsarbeit für diesen Schritt. Unter anderem geht es dabei darum, die Vertrauensbasis herzustellen und eine neue Ordnung vorzubereiten, weil ein konföderativer Zusammenschluss zustande kommen muss, ohne die divergierenden Positionen in Politik, Wirtschaft und Kultur zu verändern.